

29/1999

Wolfgang Schäuble:

## Wir stellen uns der neuen Verantwortung

Die CDU hat gestern in Sachsen mit Ministerpräsident Kurt Biedenkopf einen großartigen Wahlsieg errungen. Damit hat die CDU, seitdem es den Freistaat Sachsen nach der Wende wieder gibt, zum drittenmal bei Landtagswahlen mehr als 50 Prozent der Stimmen errungen.

Es hat überhaupt bei Landtagswahlen in Sachsen noch nie eine andere Partei als die CDU Direktmandate erreicht. Das heißt: Die CDU hat auch zum

**Pressekonferenz nach der  
Präsidiums- und  
Bundesvorstandssitzung am  
20. September in Berlin**

drittenmal hintereinander alle Wahlkreise direkt gewonnen – und das in einem Teil unseres Vaterlandes, der gewaltigen Veränderungen unterworfen ist, in dem die Menschen immer noch mit Problemen konfrontiert sind, die man sich im Westen nicht vorstellen kann.

Dass die CDU zum drittenmal ein Wahlergebnis von weit über 56 Prozent errungen hat, beweist ein ganz ungewöhnliches Maß an Vertrauen der Menschen in

*Fortsetzung auf Seite 3*

### HEUTE AKTUELL

#### ● Landtagswahl

Kurt Biedenkopf: Wir sind stolz auf das Wahlergebnis in Sachsen. Seite 6

#### ● Haushaltsdebatte

Angela Merkel: Versprochen, gebrochen – das ist Ihr Motto! Und deshalb nehmen die Leute Ihnen nichts mehr ab. Seite 15

#### ● Finanzen

Haushalt 2000. Seite 18

#### ● Wahlkampf

In Berlin ist was los. Der Wahlkampf an der Spree in der heißen Phase. Seite 36

#### ● Dokumentation

Die Landtagswahl in Sachsen. Das vorläufige amtliche Endergebnis. Grüner Teil

#### ● UiD Extra

Wir stellen uns dem Wettbewerb um den besseren Weg. Wortlaut der Reden von Wolfgang Schäuble und Friedrich Merz in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags am 15. und 16. September. Innenteil

## Kurz & bündig

### 37 Prozent der Minijobber

kündigten nach Einführung der neuen 630-Mark-Regelung ihre Beschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe. Betroffene Unternehmen versuchen, die Verluste durch Überstunden, reduzierte Öffnungszeiten oder Umstellung auf Selbstbedienung auszugleichen. An die Stelle von 5.280 Minijobs traten nur 384 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen.

### Höheren Beitrag

für weniger Rente müssen Landwirte zahlen. Eine Beitragserhöhung von 160 Prozent steht für sie an. Gleichzeitig kürzt die Bundesregierung bei der Alterskasse die Mittel um 400 Millionen Mark jährlich. Durch verzögerte Rentenanpassung fallen nochmal 250 Millionen Mark pro Jahr weg.

### Aufs Abstellgleis

stellt die Regierung Schröder die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Fehlende Gelder im Bundesverkehrsministerium stoppten nicht nur den Bau der ICE-Trasse Nürnberg-Erfurt-Berlin. Weitere Verkehrsprojekte werden neu gewichtet, dem tatsächlichen Bedarf angepasst – oder vom Fahrplan gestrichen.

### Gutes Beispiel

geben offenbar die Kopfnoten in den Schulen CDU-regierter Länder. Niedersachsen führt ab dem Schuljahr 2000/01 diese Benotung ins Schulzeugnis der Sekundarstufe I ein. Darin werden Verhalten in der Schule und Beteiligung am Unterricht bewertet.

## Die Probleme dieses Landes nicht erst morgen lösen

Politik in Deutschland mitgestalten – darum geht es jetzt. Gestärkt durch die jüngsten Wahlsiege, wird sich die CDU, so der Parteivorsit-

zende Wolfgang Schäuble, der gewachsenen Verantwortung vor allem im Bundesrat stellen: „Wir werden die Bundesregierung unter

den Druck der besseren Alternativen setzen.“ Die Wählerinnen und Wähler haben im Saarland, in Brandenburg, in Thüringen, in Sachsen und

in Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Probleme in Deutschland so schnell und so gut wie möglich gelöst wer-

den können. Die Fehler und Unterlassungen der rot-grünen Regierung Schröder dürfen nicht länger die Zukunft dieses Landes belasten.

CDU

**DAS WICHTIGSTE  
DER WOCHE  
AUF EINER SEITE**

**NR.  
29**

*Es darf nicht sein, dass in Deutschland über drei Jahre lang Wahlkampf geführt wird, nur weil diese Bundesregierung unfähig ist zu regieren.*

CDU-Vorsitzender  
Wolfgang Schäuble

## Kurt Biedenkopf: Eine Blockade wäre unvereinbar mit unserem Auftrag

„Die Menschen sind bereit, auch schwierige politische Wege mitzugehen, wenn diese Wege schlüssig und widerspruchsfrei beschrieben wurden und den langfristigen Interessen aller dienen“, zog Kurt Biedenkopf Bilanz des Landtagswahl-Siegs der CDU in Sachsen.

Auch ein Stück Bundespolitik haben er und seine Partei in den Landtagswahlkampf getragen: „Wir wollen, dass sich der Freistaat Sachsen mit einer klaren und eindeutigen Stimme an den Beratungen der Bundesgesetzte im Bundesrat beteiligen kann und nicht – wie das bei großen Koalitionen häufig der Fall ist – enthalten muss.“

Dieses Argument ist in Sachsen genau so gut verstanden worden wie zuvor in Thüringen. Eine Blockadepolitik wird es nicht geben: Sie ist unvereinbar mit dem verfassungsrechtlichen Auftrag auch an die sächsische Staatsregierung.

Sachsen hat eine solide Basis für den weiteren Aufbau in den nächsten fünf Jahren geschaffen. Der Freistaat hat die niedrigste

Staatsverschuldung, das geringste öffentliche Personal auf staatlicher Ebene, den kleinsten zweiten Arbeitsmarkt, die höchste Investitionsquote und gleichzeitig die höchste Beschäftigungsdichte aller ostdeutschen Länder.

Der wirtschaftliche Aufbau und die Überwindung der Arbeitslosigkeit stehen für Biedenkopf weiter im Mittelpunkt der Landespolitik. „Wir konzentrieren uns dabei vor allem auf die Langzeitarbeitslosigkeit, weil wir hier über Landesmöglichkeiten verfügen und nicht auf die Bundespolitik angewiesen sind.“

„Wissen und Können ist das Kapital der Zukunft“, so Ministerpräsident Biedenkopf. „Wo Wissen und Können sind, da wird auch investiert. Das heißt: Wer über die höchste Leistungsfähigkeit – vom Facharbeiter bis zum Wissenschaftler und Forscher – verfügt, der hat auch die besten Aussichten, im weltweiten Wettbewerb der Standorte vorn zu sein. Die Grundlagen dafür zu legen, ist unser politisches Ziel und unsere Aufgabe in der jetzt beginnenden Legislaturperiode.“

### Gegen Roulette-Prinzip

Förderung von Jugendverbandsarbeit soll aktuell bleiben. Darauf einigten sich Angela Merkel und Vertreter des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) bei einem Spitzenge-

spräch. Die Generalsekretärin bot regelmäßige Kontakte auf Arbeitsebene und in politischen Gremien an. Auch lud sie dazu ein, Anträge zur Familien- und Bildungspolitik mitzudiskutieren.

### Nur 7 Prozent gestapelt

Die pure Größe des durch Finanzminister Eichel angepeilten Sparvolumens von 30 Mrd. DM darf die Wahrheit nicht vertuschen. Der Haushaltsentwurf 2000 offenbart: die Gesamtausga-

ben sinken lediglich um 7,5 Mrd. DM. Bei „Globalen Minderungen“ von 5,6 Mrd. DM bleiben 1,9 Mrd. DM konkreter Einsparungen bestehen – nur 7 Prozent des vorgesehene Betrags.

*Fortsetzung von Seite 1*

die Arbeit von Kurt Biedenkopf, seiner Regierung und der CDU-Landtagsfraktion – ein Grund für Glückwünsche und Anlass zur Freude für uns. Das Wahlergebnis zeigt auch außerhalb von Sachsen, dass man den Menschen sehr wohl zutrauen kann, dass sie in richtiger Einschätzung der Wirklichkeit Probleme in Angriff nehmen und meistern. Kurt Biedenkopf und die sächsische Union haben das nie anders gesehen und gesagt: Wir stehen vor schwierigen Aufgaben und müssen sie gemeinsam lösen.

---

### **Eines besseren belehrt**

---

Diejenigen, die im Zusammenhang mit dem Fiasko der Bundesregierung, der SPD und von Herrn Schröder sagen, man könne den Menschen nichts zumuten, wenn man Wahlen gewinnen will, werden dadurch eines besseren belehrt.

Vor 14 Tagen wurde in Brandenburg gewählt, auch ein ostdeutsches Land und Nachbar von Polen. Die SPD hat dort bei der letzten Wahl mit einem populären Ministerpräsidenten mehr als 50 Prozent der Stimmen erreicht. Sie hat davon gut 15 verloren, und die CDU hat gewaltig dazugewonnen.

Wir hatten am selben Tag Wahlen ganz im Westen Deutschlands, wo die SPD seit über 15 Jahren die absolute Mehrheit hatte. Die CDU hat im Saarland die absolute Mehrheit errungen, und die SPD hat eine katastrophale Niederlage erlitten.

In Thüringen war die Ausgangslage eine große Koalition. Bernhard Vogel hat vor acht Tagen einen großen Wahlsieg und mit über 50 Prozent der Stimmen eine klare Mehrheit für die Union errungen.

Am selben Tag waren in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen, und auch dort

haben sich in fast allen Städten, Gemeinden und Landkreisen die Mehrheitsverhältnisse zu unseren Gunsten dramatisch verändert.

Das heißt: Mit welcher Ausgangslage oder Struktur wir es auch immer zu tun haben – das Gemeinsame aller Wahlen ist: Die CDU gewinnt, und die SPD erleidet von Wahl zu Wahl eine katastrophale Einbuße nach der anderen.

Niemand kann sich darüber freuen, dass die PDS zweitstärkste politische Kraft nicht nur in Thüringen, sondern auch in Sachsen geworden ist – und das obwohl die SPD in Sachsen einen anderen Kurs als beispielsweise in Thüringen gefahren ist. Beide Male dasselbe Ergebnis. Es zeigt: Die SPD als Bundespartei mit ihrem Vorsitzenden Schröder ist gefordert, ihr Verhältnis zur PDS zu klären.

Noch einmal: Eine wichtige Lehre auch dieser Wahl: Die SPD und ihr Vorsitzender müssen endlich dafür sorgen, dass die Sozialdemokraten eine durchgängig klare und einheitliche Politik gegenüber der PDS machen. Das ist nicht nur für die SPD selber wichtig, sondern auch für die Stabilität unseres demokratischen Staates.

---

### **Enttäuscht von Rot-Grün**

---

Gar keine Frage: In den Wahlergebnissen der letzten Wochen kommt die große Enttäuschung der Menschen über die Politik von Schröder und seiner rot-grünen Regierung zum Ausdruck. Und wie die Redner der Koalition in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag haben erkennen lassen: Sozialdemokraten und insbesondere Herr Schröder werden nervös. Es geht ihnen im Augenblick nur noch darum, die sich in der SPD breit machende Panik einzudämmen. Von Modernisierung und anderen Zielen ist nicht mehr die Rede.

Ich wiederhole, was ich vor acht Tagen und vor 14 Tagen schon gesagt habe: Die Christlich Demokratische Union und die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU werden sich der wachsenden Verantwortung, die das große Vertrauen der Menschen in unsere Politik mit sich bringt, stellen.

Wir werden keine Obstruktionspolitik, keine Boykottpolitik machen. Wir werden unseren Oppositionsauftrag wahrnehmen, im Bundesrat unsere Alternativen vorstellen, uns dort, wo – bei zustimmungspflichtigen Gesetzen – unsere Mitwirkung notwendig ist, nicht verweigern, und Kompromissen, wo sie notwendig sind, zustimmen.

Wir stehen für die gemeinsame Lösung wichtiger Fragen, für die Entwicklung langfristiger Konzepte zur Verfügung, obwohl der SPD-Vorsitzende am vergangenen Donnerstag im Deutschen Bundestag noch einmal betont hat, er werde, bevor der Bundestag seine Entscheidungen ge-

troffen habe, keinerlei Gespräche mit uns führen.

Im Augenblick geht es Herrn Schröder darum, Zustimmung im Bundesrat und gegebenenfalls Kompromisse im Vermittlungsausschuss zu finden. Daran werden wir uns beteiligen. Dann muss Herr Schröder allerdings auch darauf verzichten, nach Gutdünken seine eigene Konzeption erst einmal im Bundestag durchsetzen zu wollen.

Wir werden unsere Alternativen entwickeln und sie schrittweise konkretisieren – verantwortlich und in enger Abstimmung mit den Landesregierungen im Bundesrat, die ihre Verantwortung ganz so zu tragen haben, wie es dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler entspricht.

Angesichts einer schwachen Regierung werden wir als Opposition im Bundesrat dazu beizutragen, dass das Land nicht noch schlechter regiert wird, als es durch Schröder leider ohnehin der Fall ist.

## Pressestimmen

### Abgestraft

*Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist eine Bundesregierung so schnell und gründlich abgestraft worden wie die des Bundeskanzlers Schröder. Den hohen Erwartungen folgte tiefe Enttäuschung, danach stellten sich verheerende Wahlergebnisse ein: In Hessen, in Thüringen, in Brandenburg, im Saarland und nun in Sachsen. Es ist kurios, tatsächlich historisch einmalig: Die SPD trennen im „roten Sachsen“ von der CDU beinahe 50 Prozentpunkte, und die PDS, kadernsozialistisch wie strukturkonservativ, die einzige Partei in Ostdeutschland mit einem stabilen Milieu, ist inzwischen glatt doppelt so stark wie die SPD.*

**Rheinische Post**

### Abgeschlachtet

*Wahlen kann man verlieren, vor allem gegen einen so charismatischen Ministerpräsidenten wie Kurt Biedenkopf. Doch die SPD hat nicht verloren, sie ist in Sachsen regelrecht abgeschlachtet worden.*

*Ist dieses Desaster lediglich einem „Vermittlungsproblem“ geschuldet, das der Bundeskanzler für den weit verbreiteten Missmut über seine auf die Konsolidierung der Staatsfinanzen ausgerichtete Politik ausgemacht hat? Sicher auch, wobei Gerhard Schröder eine gehörige Mitschuld trifft, denn die Menschen im Osten warten immer noch auf ein klärendes Wort des Regierungschefs, wie dieser sich den Fortgang des mühseligen Einheitsprozesses vorstellt. **Kölner Stadt-Anzeiger***

Generalsekretärin Angela Merkel:

# Überwältigender Vertrauensbeweis für die CDU in Sachsen

**„Das Wahlergebnis der CDU in Sachsen ist ein überwältigender Vertrauensbeweis für die sächsische CDU, für Kurt Biedenkopf und seine Mannschaft“, erklärte Generalsekretärin Angela Merkel in einer ersten Stellungnahme.**

Wesentlich für das gute Abschneiden der CDU sei die Leistung der sächsischen Staatsregierung, ganz besonders die des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf. „Kurt Biedenkopf ist ein Politiker, der mit Ehrlichkeit, mit Wahrheit und mit Klarheit den Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen immer gesagt hat, welche Veränderungen, auch welche Beschwerden von ihnen verlangt werden“, sagte die Generalsekretärin.

## Deutliche Abkehr von der SPD

Er habe damit gezeigt, dass ein Politiker, der die Wirklichkeit beschreibe und gleichzeitig führe, auch die Chance habe, die Menschen für sich zu gewinnen. Der Ministerpräsident verkörpere die soziale Marktwirtschaft im besten Sinne, eine Wirtschaftsordnung, die auf der einen Seite den Markt und seine Mechanismen anerkenne und auf der anderen Seite Menschlichkeit in der Gesellschaft durchsetzen möchte.

Als weitere Ursache für dieses grandiose Ergebnis führte Angela Merkel den wachsenden Zuspruch für die CDU auf Bundesebene an. Hinzu komme eine deutliche Abkehr von der Sozialdemokratie durch die Wählerinnen und Wähler insbesondere in den neuen Bundesländern. Das Abschneiden der SPD bezeichnete die Gene-

ralsekretärin als „wahrhaftiges Desaster“. Es sei außerordentlich bedenklich, dass die Sozialdemokratie in Thüringen und jetzt auch in Sachsen ihren Charakter als Volkspartei eingebüßt habe. Zurückzuführen sei diese Entwicklung auf den „Wackelkurs“ der SPD im Verhältnis zur PDS. „Dieser Kurs schadet der SPD und der Demokratie insgesamt“, erklärte Angela Merkel.

## Wahrhaftig und klar

Die CDU werde sich dafür einsetzen, dass eine Politik in Deutschland stattfindet, die die Menschen ernst nehme und ihnen sage, wo Veränderungen stattfinden müssten, ohne dabei ihre Sorgen aus dem Blick zu verlieren. Dies genau habe die SPD, allen voran der Bundeskanzler, nicht getan. „Er hat den Aufbau Ost zur Chefsache machen wollen, aber er hat die Menschen und die Herzen überhaupt nicht in Betracht gezogen“, kritisierte die Generalsekretärin. Kurt Biedenkopf sei das genaue Gegenteil von dem. Er habe die Menschen auf Veränderungen vorbereitet, er habe mit ihnen gesprochen. Wahrhaftig und klar. Und das werde auch akzeptiert.

Eine Obstruktions- und Blockadepolitik, wie es die SPD in der vorigen Legislaturperiode vorgeführt habe, werde es mit der CDU nicht geben. Gespräche mit der Bundesregierung könnten jedoch erst beginnen, wenn die Gesetze der Regierung im Bundesrat vorliegen würden. Die Union warte immer noch auf die Vorschläge von Rot-Grün etwa bei der Steuerreform. ■

Kurt Biedenkopf:

## Wir sind stolz auf das Wahlergebnis in Sachsen

**Wir beurteilen die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei, die auch gestern wieder bei den Landtagswahlen deutlich geworden ist, genau so wie der Parteivorsitzende.**

Die SPD hat es sträflich versäumt, ihr Verhältnis zur PDS zu klären. Sie hat stattdessen sogar versucht, die PDS zu übertreffen und wie die PDS für die Menschen vormundschaftlich tätig zu werden.

Es gibt ein charakteristisches Plakat aus dem sächsischen Wahlkampf: der Parteivorsitzende Kunckel mit einem kleinen Jungen auf der Schulter und daneben steht „Wir schultern die Probleme der kleinen Leute“. Die kleinen Leute sind aber groß geworden und wollen keinen vormundschaftlichen Staat mehr.

Genau hier liegt nach meiner Auffassung eines der zentralen Probleme, mit denen sich die SPD auseinander setzen muss. Nicht um modern oder traditionell geht es in erster Linie, sondern um die Frage: Was ist die Rolle des Staates im Verhältnis zum Bürger in einer Bürgergesellschaft – also in einer künftig durch den mündigen Bürger bestimmten Gesellschaft? Wenn man in dieser Frage mit der PDS konkurriert, die nach wie vor den vormundschaftlichen Staat fordert, wird man verlieren.

Im Mittelpunkt der sächsischen Landespolitik stehen natürlich auch künftig der wirtschaftliche Aufbau und die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Wir konzentrieren uns dabei vor allem auf die Langzeit-

arbeitslosigkeit, weil wir hier über Landesmöglichkeiten verfügen und nicht auf die Bundespolitik angewiesen sind.

Wir haben festgestellt – wie im übrigen auch Nordrhein-Westfalen und andere Länder –, dass Langzeitarbeitslose immer weniger von der allgemeinen Arbeitsmarktpolitik, wenn sie denn überhaupt stattfindet, erfasst werden. Investitionen und Wachstum gehen im wesentlichen an den Langzeitarbeitslosen vorbei, und deren Zahl wächst. In Sachsen sind es rund 35 Prozent, davon 17 Prozent, die mehr als zwei Jahre lang arbeitslos sind.

Die nationale Solidarität muss fortgeführt werden. Der Solidarpakt läuft aber 2004

**Die Menschen sind bereit, auch schwierige Wege mitzugehen.**

aus. Er ist unter dem Vorsitz des Freistaates Sachsen ausgehandelt worden und soll nach übereinstimmender Meinung der ostdeutschen Länder über 2004 hinaus weiter gelten. Im Spätherbst werden sich die Ministerpräsidenten in Ostdeutschland auf die Grundlage für entsprechende Verhandlungen einigen.

Wir haben insofern Bundespolitik in den Landtagswahlkampf getragen, als wir gesagt haben: Wir wollen, dass sich der Freistaat Sachsen mit einer klaren und eindeutigen Stimme an den Beratungen

der Bundesgesetze im Bundesrat beteiligen kann und sich nicht – wie das bei großen Koalitionen häufig der Fall ist – enthalten muss.

Das war ein wichtiges Argument für die Mehrheit – im übrigen auch ein Argument, das bei uns genau so gut verstanden worden ist wie in Thüringen.

## Keine Blockade

Der Freistaat wird sich ganz im Sinne dessen, was der Bundesvorsitzende vorgetragen hat, an den einzelnen Gesetzesvorhaben und den Beratungen dazu beteiligen. Eine Blockadepolitik wird es nicht geben. Ich halte sie für unvereinbar mit dem verfassungsrechtlichen Auftrag auch an die sächsische Staatsregierung.

Es wird aber natürlich auch darum gehen, dass wir den gegenwärtigen Wirrwarr, dass wir Widersprüchlichkeit, Konzeptions- und Ziellosigkeit beenden und die Menschen in die politischen Denk- und Entscheidungsprozesse einbeziehen – sie als Subjekte und nicht als Objekte der Politik behandeln, sie verstehen lassen, worum es geht, und ihnen Erklärungen geben in dieser komplizierten Zeit des Umbruchs.

Die Menschen sind bereit, auch schwierige politische Wege mitzugehen, wenn diese Wege schlüssig und widerspruchsfrei beschrieben werden und den langfristigen Interessen aller dienen.

Noch etwas zum Schluss: Der Freistaat Sachsen hat die niedrigste Staatsverschuldung, das geringste öffentliche Personal auf staatlicher Ebene, den kleinsten zweiten Arbeitsmarkt, die höchste Investitionsquote und gleichzeitig die höchste Beschäftigungsdichte aller ostdeutschen Länder. In Gesamtdeutschland steht Sachsen unter den Flächenländern der Beschäftigungsdichte an vierter Stelle.

Die Beschäftigung im Durchschnitt des letzten Jahres pro tausend Einwohner war in Sachsen 413, die in Nordrhein-Westfalen 399.

Wir haben, obwohl wir weniger Geld ausgegeben haben, obwohl wir mehr investiert haben, obwohl wir weniger Menschen im Öffentlichen Dienst beschäftigen, obwohl wir gespart haben, nicht nur die höchste Beschäftigung, sondern in der Bevölkerung auch eine hohe, eine mehrheitliche Zustimmung zu diesem Kurs.

Wir haben dadurch eine solide Basis für den weiteren Aufbau in den nächsten fünf Jahren geschaffen. Neben den von mir schon genannten Maßnahmen werden dabei der weitere Ausbau der Hochschulen und des Wissenschaftssektors und eine weitere Leistungssteigerung bei der öffentlichen Verwaltung im Mittelpunkt stehen.

## Wissen ist Kapital

Wir sind überzeugt davon: Wissen und Können ist das Kapital der Zukunft. Wo Wissen und Können sind, da wird auch investiert. Das heißt: Wer über die höchste Leistungsfähigkeit – vom Facharbeiter bis zum Wissenschaftler und Forscher – verfügt, der hat auch die besten Aussichten, im weltweiten Wettbewerb der Standorte vorne zu sein. Die Grundlagen dafür zu legen, ist unser politisches Ziel, und unsere Aufgabe in der jetzt beginnenden dritten Legislaturperiode.

*Eine schlechte bundespolitische Stimmung schlägt immer auf die Länder durch. Wenn jetzt im Land eine Meinungsumfrage erhoben würde, dann dürften unsere Zahlen auch nicht glänzend sein.*

**Harald Ringstorff in einem Zeitungsinterview zur Regierungsbilanz der bundesweit ersten SPD/PDS-Koalition**

# Das Wahlergebnis in Sachsen und seine Bestimmungsgründe

Die Landtagswahl hat die CDU zum dritten mal in Folge als die absolut dominante Kraft in Sachsen bestätigt. Die sächsische CDU hat, nachdem sie 1994 das beste Ergebnis für die CDU bei Landtagswahlen bundesweit erzielte, 1999 das zweitbeste CDU-Ergebnis erreicht.

Sie erhielt 56,9 Prozent (=1.231.000 Stimmen). Bei den Zweitstimmen sind geringe Verluste (-1,2 Punkte) zu verzeichnen, bei den Erststimmen hat sie 3,2 Punkte zugelegt und kommt hier auf 53,6 Prozent. Trotz der geringen prozentualen Einbußen bei den Zweitstimmen hat sie aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung 31.000 Wähler neu gewonnen. Die CDU wird mit 76 Abgeordneten in den neuen Landtag einziehen (-1). Sie gewann alle 60 Direktmandate.

Die SPD fiel in Sachsen auf das schlechteste Landtagswahlergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte zurück. Sie wurde von 10,7 Prozent der Wähler unterstützt (-5,9 Punkte). Dies entspricht 232.000 Wähler (-110.000). Bei den Erststimmen fallen die Verluste noch deutlicher aus. Hier hat sie 8,3 Punkte verloren und kommt insgesamt auf 14,2 Prozent der Erststimmen. Die SPD wird mit 14 Abgeordneten im sächsischen Landtag vertreten sein (-8).

Die PDS hat 5,7 Punkte hinzugewonnen und erreicht 22,2 Prozent der Wähler. Sie konnte 140.000 zusätzliche Wähler gewinnen (insg. 480.000). Bei den Erststimmen kam sie auf 524.000 Stimmen. Dies sind 24,5 Prozent der Erststimmen (+10,2 Punkte). Die PDS hat 9 Sitze hinzugewonnen und erhält 30 Sitze im Landtag.

Bündnis 90/Die Grünen verfehlen erneut die Fünf-Prozent-Hürde. Sie kommen auf

2,6 Prozent (-1,5 Punkte). Sie wurden von 56.000 Wählern unterstützt (-30.000). Die Einbußen bei den Erststimmen fallen noch deutlicher aus. Sie verlieren 5,0 Punkte und kommen noch auf 1,7 Prozent (=37.000 Stimmen).

Die FDP hat nur noch die Größe einer Splitterpartei. Sie büßte 0,6 Punkte ein und kommt auf 1,1 Prozent (=23.000 Wähler). Die FDP hat einen Erststimmenüberhang. Sie hat 2,4 Prozent der Erststimmen erreicht (52.000 Wähler).

Die sonstigen Parteien haben einen leichten Zuwachs zu verzeichnen (+3,6 Punkte). Die stärkste Unterstützung findet die

## Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung – Bereich Forschung und Beratung

Pro DM Partei mit einem Wähleranteil von 2,1 Prozent (=46.000 Stimmen). Schon bei der Bundestagswahl 1998 erzielte diese Partei in den neuen Ländern 2,1 Prozent. Die NPD, die das erste mal bei einer Landtagswahl kandidierte, kommt auf 1,4 Prozent (=30.000 Stimmen), die REP erreichten 1,5 Prozent (33.000 Wähler). Die DVU trat nicht an.

Die Wahlbeteiligung ist um 2,7 Punkte leicht angestiegen. Insgesamt gingen 61,1 Prozent der Wähler zur Wahl. 2.195.000 Wähler gingen zur Wahl; +102.000 mehr als 1994.

Die Zusammensetzung des Bundesrats wird durch das Wahlergebnis nicht verändert. Die Unions-geführten Länder kommen auf 28 Stimmen, die SPD-geführten Länder auf 23 Stimmen. 7 weitere Stimmen entfallen auf Länder, die eine Koalition haben, die von der Bundesregierung ab-



weicht (Rheinland-Pfalz: SPD/FDP; Mecklenburg-Vorpommern: SPD/PDS). Über 11 Stimmen verfügen die Länder mit großen Koalitionen.

## Wesentliche

### Bestimmungsgründe

**1.** Der glänzende Sieg der CDU ist zuerst ein ausgeprägt sächsisches Ereignis. Er ist vor allem ein Personalplebiszit für Ministerpräsident Biedenkopf, der weit über Parteigrenzen hinweg Zustimmung und Respekt genießt. 86 Prozent aller Wahlberechtigten bevorzugten Kurt Biedenkopf als Ministerpräsident. Dies ist der höchste demoskopische Zustimmungswert, den je ein Regierungschef in Bund und Land verbuchen konnte. Neben 98 Prozent der CDU-Anhänger waren 76 Prozent der SPD- und sogar 69 Prozent der PDS-Anhänger der Meinung, dass Biedenkopf der „beste“ Ministerpräsident für Sachsen wäre. Für den SPD-Spitzenkandidaten Kunkel votierten ganze 7 Prozent der Wähler. Drei Viertel sind der Überzeugung, dass Biedenkopf „Sachsen voranbringt“. Mehr als 80 Prozent halten ihn führungsstark, 74 Prozent für sympathisch und 70 Prozent für wirtschaftlich kompetent.

Mehr als zwei Drittel waren mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden, die Zustimmungsrates ist im Wahlkampf weiter gestiegen. Die CDU galt in allen prioritären Politikfeldern

- ▶ Arbeit,
- ▶ Wirtschaftspolitik,
- ▶ Bildungspolitik,
- ▶ Innere Sicherheit,
- ▶ Sozialpolitik

mit zumeist großem Abstand als kompetenteste Partei. Auch in der allgemeinen Zukunftskompetenz führte die CDU mit 47 Prozent gegenüber 15 Prozent für die SPD und ganzen 6 Prozent für die PDS.

Es ist Kurt Biedenkopf offenbar fortschreitend gelungen, einen spezifischen Stolz der Sachsen auf ihr Land und ihre Leistungen aufzubauen und schon früher als in den anderen neuen Ländern eine sächsische Identität zu erzeugen bzw. wiederzubeleben. Rund zwei Drittel der Sachsen sind demgemäß der Überzeugung, dass es ihnen wirtschaftlich besser geht als den anderen neuen Ländern, nur 6 Prozent halten die Lage für schlechter. So war die Wirtschaftspolitik das häufigste Wahlmotiv für die CDU.

So ausgeprägt landesspezifisch das Wahlergebnis ist, so wenig kann die bundespolitische Dimension ausgeblendet bleiben, zumal Kurt Biedenkopf sich wiederholt als einer der Spitzenpolitiker der Bundes-CDU mit differenziert-kritischen Positionen zum Sparpaket der Bundesregierung profiliert hat. Vor diesem Hintergrund der sowohl landes- als auch bundespolitisch wahrgenommenen Rolle Biedenkopfs machte gut die Hälfte der Wähler auch bundespolitische Wahlmotive geltend. Mehr als drei Viertel der Sachsen waren mit der Bundesregierung unzufrieden.

Die CDU gewinnt laut Infratest dimap-Wählerwanderungsbilanz größenordnungsmäßig am meisten von bisherigen Nichtwählern (ca. 31.000), per Saldo rund 22.000 Stimmen von der SPD, ca. 12.000 Stimmen von den Grünen und deutlich weniger von der FDP. An die PDS verlor sie rund 21.000 Wähler. An die Rechte und Andere gab sie etwa 9.000 Stimmen ab.

Die CDU wurde häufiger von (älteren) Frauen als von Männern gewählt. Sie erreicht in allen Altersgruppen die absolute Mehrheit, leicht unterdurchschnittlich beginnend bei Erst- und Jungwählern (54 Prozent) mit Spitzen von 59 Prozent bei über 60-jährigen, bei alten Frauen sogar von 64 Prozent. Überproportional hoch sind die Anteile bei Arbeitern einerseits und bei Selbständigen und Landwirten andererseits. Auch rund die Hälfte aller

Arbeitslosen wählten CDU. Schließlich ist die CDU die Partei der Christen beider Konfessionen (jeweils über 70 Prozent), aber auch knapp die Hälfte der Konfessionslosen wählte sie.

Ihre höchsten Ergebnisse erzielt die Partei in den sub-urbanen Gebieten um Dresden mit hohen Anteilen an produzierendem Gewerbe, im mittleren Erzgebirge und Annaberg sowie in der sächsischen Schweiz. In den sechs größten Städten schnitt sie leicht unterdurchschnittlich ab, erreichte aber mit Ausnahme Hoyerswerda überall absolute Mehrheiten.

**2.** Im katastrophalen Niedergang der SPD erhielt die Partei zunächst einmal mehr die Quittung für eine als sozial ungerecht und wirtschaftspolitisch falsch empfundene Bundespolitik. Hiervon hat die PDS stark profitiert, zumal der SPD-Spitzenkandidat Kunckel sich bis zum Schluss hinter die Sparpolitik der Bundesregierung gestellt hatte. Noch nicht einmal in ihrem klassischen Feld der sozialen Gerechtigkeit galt die SPD als kompetente Partei, auch sonst wies sie keinerlei landespolitische Kompetenz auf. Kunckels Politik der klaren Abgrenzung gegenüber der PDS hat die SPD-Anhängerschaft gespalten, rund die Hälfte war dagegen, 43 Prozent dafür. Selbst die SPD-Anhänger schätzten Ministerpräsident Biedenkopf besser ein als ihren eigenen Spitzenkandidaten. So wurde die SPD doppelt dezimiert, durch die bundespolitische Negativbewertung der Bundesregierung und die landespolitische Führungsschwäche. Beides führte dazu, dass mehr als 34.000 bisherige SPD-Wähler diesmal nicht wählen gingen. Rund 41.000 Stimmen gab die Partei an die PDS ab, ca. 21.000 an die CDU, kleine Kontingente an Splitterparteien. 8.000 gewann sie von den Grünen dazu. Eindeutiger als in den alten Ländern beginnt die SPD inzwischen von zwei Seiten zu erodieren und Stimmen sowohl an die CDU als auch

die PDS zu verlieren. Mit dem rhetorischen Spagat „Modernität und soziale Gerechtigkeit“, dem Erfolgsslogan der SPD von 1998, hatten die Sozialdemokraten tatsächlich zwei höchst unterschiedliche Wählergruppen mit unterschiedlichen Zielvorstellungen gewonnen: bürgerliche Wechselwähler, die auf Modernität setzten und traditionelle Linkswähler, denen es um mehr soziale Gleichheit ging. Der Kunstbegriff der sogenannten „neuen Mitte“ konnte diesen Widerspruch nur kurze Zeit verschleiern. Jetzt gehen die Wähler dort hin zurück, wo sie hergekommen sind oder sich eindeutiger verstanden fühlen.

Besonders schwach schnitt die SPD bei Erst- und Jungwählern ab (rund 7 Prozent), unterdurchschnittlich sind auch ihre Anteile bei den 25- bis 44-jährigen, leicht überdurchschnittlich erst bei über 60-jährigen. SPD wurde überdurchschnittlich häufig nur von Beamten und Rentnern gewählt.

Die SPD hat ihr bestes Ergebnis in Leipzig (15,6 Prozent), auch in den übrigen großen Städten liegt sie etwas über ihrem Durchschnitt, am schwächsten im Südosten um Dresden.

**3.** Die PDS wurde in erster Linie als die Protestpartei gegen die „unsoziale“ Politik der SPD/Grünen-Bundesregierung gewählt. Ihr Kompetenzprofil war im übrigen auch in Sachsen, wie in den übrigen Ländern, außerordentlich schwach entwickelt mit Ausnahme ihres Eintretens für „soziale Gerechtigkeit“ (23 Prozent). Die PDS konnte, wie schon in den Wahlen zuvor, nicht nur ihre ideologisch geprägten Stammwähler gut mobilisieren, sondern darüber hinaus vor allem unzufriedene bisherige SPD-Wähler der traditionellen sozialdemokratischen Linken für sich gewinnen. Laut Wanderungsbilanz kam das Gros ihrer Zugewinne (mehr als 40.000 Stimmen) von der SPD. Fast gleichviel gewann sie von bisherigen Nichtwählern, etwa 21.000 Stimmen von der CDU, 12.000 von den Grünen.

Die PDS wurde von Erst- und Jungwählern nur leicht unterdurchschnittlich gewählt, am höchsten ist ihr Anteil bei den 45- bis 59-jährigen (25 Prozent). Bei Angestellten schnitt sie leicht überdurchschnittlich, bei Arbeitslosen stark überdurchschnittlich (29 Prozent) ab, ebenso bei Hochschulabsolventen mit sogar 34 Prozent und Konfessionslosen mit 31 Prozent.

Das PDS-Ergebnis wächst mit der Bevölkerungsdichte. Am stärksten ist sie in den großen Städten, ihren höchsten Anteil hat sie in Hoyerswerda (34,1 Prozent) und in Chemnitz (28,1 Prozent). In ländlichen Regionen legt sie stark zu, bleibt aber im Ergebnis unterdurchschnittlich.

**4.** Bündnis90/Grüne konnten sich, nachdem sie bereits 1994 aus dem Landtag herausgefallen waren, mit keinem wählerrelevanten Thema profilieren. Die Ökologie ist für die Ostdeutschen noch nachrangiger als für die Westdeutschen. Ein eigenes Wählermilieu existiert ebensowenig wie eine flächendeckende Organisationsstruktur. Schließlich litten die Grünen, wie bei den Wahlen zuvor, unter dem Negativtrend gegen die Bundesregierung, der demobilisierend wirkte. Der Einsatz von Frau Röstel, Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen, blieb vor diesem Hintergrund wirkungslos. Das Abschneiden der Grünen folgte vielmehr dem Abwärtstrend der vorangegangenen Landtagswahlen nicht nur in diesem Jahr (in Hessen, in

Bremen, im Saarland, in Brandenburg, in Thüringen), sondern bereits seit 1994 in den neuen Ländern, wo die Grünen überall (außer in Sachsen-Anhalt) aus dem Landtag herausgefallen waren.

**5.** Auch die FDP war bereits 1994 in keinem ostdeutschen Landtag mehr vertreten und sie konnte sich auch in Sachsen weder personell noch thematisch profilieren. Die FDP ist damit in allen neuen Ländern im Status einer Splitterpartei verblieben. Die vergleichsweise dünn vorhandene klassische FDP-Wählerklientel wurde auch bei dieser Wahl, wie schon in Thüringen und Brandenburg, erfolgreich von der CDU angesprochen.

**6.** Den Parteien der extremen Rechten (NPD, REP) gelang es auch nicht annähernd, das extrem rechte Wählerpotential von rund 10 Prozent für sich zu mobilisieren. Dazu dürfte die positive wirtschaftliche Grundstimmung im Lande ebenso beigetragen haben wie die besonders ambivalente Erscheinung der NPD als „national“ und „sozialistisch“. Zum zweiten Themenkomplex war die Konkurrenz der PDS offenbar übermächtig. Schließlich hat Pro DM (die Bürgerinitiative Bolko Hoffmanns) wie schon bei der Bundestagswahl 1998 vornehmlich in den neuen Ländern diffusen national-liberalen bis deutsch-nationalen Anti-Euro-Protest auf ihre Mühlen leiten können.

## Sieg für Biedenkopf

Bei dieser Wahl in Sachsen gab es am Ende nur drei spannende Fragen: Wie groß wird die absolute Mehrheit der CDU, wie weit enteilt die PDS der SPD, und kommt eine rechtsradikale Partei in den Landtag? Die Antworten sind eindeutig. Die CDU hat ein „bayrisches“ Ergebnis erzielt, die PDS hat

*etwa doppelt so viele Stimmen wie die SPD, und die Rechten sind gescheitert.*

*Der Sieg der Union ist vor allem ein persönlicher Triumph des Ministerpräsidenten. Hätten die Sachsen Kurt Biedenkopf direkt zum Ministerpräsidenten wählen können, wären ihm mindestens 70 Prozent der Stimmen sicher gewesen. Sächsische Zeitung*

# Heißer Herbst: Mit uns keine falschen Lösungen

**In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag seine parlamentarische Arbeit in Berlin aufgenommen. Den Beginn in Berlin bestimmte allerdings nicht eine parlamentsübliche Tagesordnung, sondern ein Festakt: Im September vor genau 50 Jahren konstituierte sich der erste Deutsche Bundestag in Bonn.**

Die Abgeordneten der ersten Stunden begleiteten damals – wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – die Geburtsstunde des Parlaments ohne Zweifel mit großen Hoffnungen, aber sicherlich auch mit Sorge und Nöten vor der Zukunft. In den folgenden vier Jahrzehnten konnten sich wohl nur die wenigsten Deutschen vorstellen, dass die Mitglieder des 14. Deutschen Bundestages dieses Jubiläum in der Hauptstadt Berlin feiern würden. Das Zusammentreffen dieser 50-Jahr-Feier mit dem Arbeitsbeginn des Parlaments in der Hauptstadt des vereinten Deutschlands ist ein historisches Ereignis.

Der Festakt bot Gelegenheit zu nachdenklichen Analysen nach der Art des Ringens und Streitens um die richtigen Lösungen im Plenarsaal und in den Gremien des Bundestages. Angesichts der arroganten Art und Weise, wie die Regierung Schröder mit dem Parlament umgeht, hatte dies sicherlich eine besondere Note.

Eines steht seit dem letzten Sonntag allerdings auch fest: Die von der Regierung Schröder vorgelegten Steuergesetze, das sogenannte Sparpaket wie auch die vorgeschlagenen Änderungen bei der Rente und im Gesundheitswesen wird Rot-Grün nicht mehr im Hauruckverfahren verabschiedet werden können.

Zwar sind die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag nach wie vor eindeutig. Die Wahlergebnisse in Brandenburg und im Saarland sowie der Ausgang der Hessen- und Europawahl im ersten Halbjahr 99 sind jedoch ein eindeutiger Vertrauensentzug der Regierungskoalition. Den Bürgern ist längst klar, dass Rot-Grün die schwierigen aber notwendigen Reformen nicht meistern kann, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands im 21. Jahrhundert zu sichern. Rot-Grün ist unsanft

## Von Hans-Peter Repnik, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

aus dem Traum gerissen worden, mit dem einmal errungenen Bundestagswahlergebnis den Schlüssel für vier Jahre uneingeschränkter Regierungsgewalt in den Händen zu haben.

CDU und CSU haben in den zurückliegenden Monaten ein großes Stück Vertrauen in ihre Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zurückgewonnen. Gerade junge Wähler legen die Gestaltung ihrer Zukunftschancen ganz offensichtlich lieber in die Hände der Union als in die der SPD. Das zeigt: Unser Weg ist richtig. Wir machen eine klare Oppositionspolitik, kritisieren die Regierung, wo es nötig ist, und zeigen konstruktiv Alternativen auf. Die zunehmend stärker geforderte programmatische Erneuerung der Union läuft auf Hochtouren. Bildungspolitik, Familienpolitik, Föderalismusdebatte sind nur einige Beispiele für Bereiche, in denen wir neue Antworten suchen.

Die Ergebnisse der Wahlen in diesem Jahr haben die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat wesentlich zu Gunsten der Union verschoben. Die absolute Mehrheit (35 Stimmen) in diesem Gremium, die notwendig ist, um zustimmungspflichtige Gesetze durchzusetzen, hat die Regierung Schröder verloren.

Damit ist eines klar: Die Union hat bei allen im Bundesrat zustimmungspflichtigen Gesetzen nunmehr die Möglichkeit, gestaltend Einfluss zu nehmen. Eine Obstruktionspolitik, wie dies die SPD in der letzten Legislaturperiode unter der Führung von Lafontaine betrieben hat, wird es nicht geben. Die uns vom Wähler übertragene Verantwortung müssen wir wahrnehmen. Das bedeutet, im Ringen um die bessere Alternative sind wir grundsätzlich bereit, uns mit der anderen Seite zu einigen und konstruktiv an Lösungen mitzuarbeiten, sachlich und zielgerichtet. Aber wir können und werden uns nicht an grundsätzlich falschen Lösungen beteiligen.

Die in dieser Woche von der Regierungskoalition vorgelegten Steuergesetze zur Bereinigung des im Frühjahr erst verabschiedeten sogenannten Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 und zur verfassungsrechtlich notwendig gewordenen Anpassung des Familienleistungsausgleichs sind ebenso zustimmungspflichtig wie das in

der nächsten Sitzungswoche auf der Agenda stehende Sparpaket oder das sogenannte Gesundheitsreformgesetz 2000, das im Herbst im Bundestag verabschiedet werden soll. Wir werden in den kommenden Wochen intensiv prüfen, wo Änderungen der Gesetze notwendig und sinnvoll sind.

Dabei stehen die zentralen Ziele, an denen sich unsere kritische Analyse orientieren wird, fest: Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, soziale Ausgewogenheit und langfristig ausgerichtete Konsolidierung der Haushalte aller Gebietskörperschaften. Misst man die vorliegenden Gesetzentwürfe an diesen Kriterien, dann zeigt sich bereits heute erheblicher Nachbesserungsbedarf. Die Manipulation der Rentenanpassung in den nächsten beiden Jahren ist kein langfristiges Konzept zur Sicherung des Generationenvertrages. In der Steuerpolitik etwa wird zu prüfen sein, ob die Regierung bereit ist, die Steuerbelastung insgesamt zu senken. Über Ausmaß, Schrittfolge von Tarifsenkungen kann man ebenso reden wie über Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Eine Reform, die etwa die großen Unternehmen entlastet, den Mittelstand jedoch belastet, kann die Zustimmung der Union nicht finden. An diesen beiden Beispielen zeigt sich bereits, dass uns ein heißer Herbst bevorsteht mit vielen Diskussionen und Gesprächsrunden.

**Richtigstellung:** Die Ausgaben des Bundes betragen 1993 – nicht 1969, wie es irrtümlich auf der **Grafik im UiD 26/99, Seite 20** heißt, – 436,4 Milliarden DM nach Bereinigung um das Kindergeld. Im Jahr 1969 lagen die Ausgaben des Bundes bei 82,3 Milliarden DM. Sie sind unter Verantwortung der SPD-geführten Bundesregierung durchschnittlich um 8,9 Prozent jährlich auf 244,6 Milliarden DM bis 1982 angestiegen. Nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU konnte der Ausgabenanstieg deutlich auf 2,5 Prozent jährlich gebremst werden. 1989 betragen die Ausgaben 289,8 Milliarden DM. Die deutsche Einheit hat die Finanzpolitik vor enorme Herausforderungen gestellt. Nachdem die entscheidenden Weichen gestellt waren, knüpfte die CDU-geführte Bundesregierung wieder an die erfolgreiche Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumspolitik der achtziger Jahre an. Unter Verantwortung der Schröder-Regierung erreichen die Ausgaben neue Rekordwerte.

Wolfgang Schäuble:

## Es geht um die richtige Politik für unser Land

**Die Haushaltsdebatte der zu Ende gegangenen Woche im Deutschen Bundestag hat eins in aller Deutlichkeit gezeigt: Trotz allen Geredes von Zukunftsprogramm und Sparpaket ist eine konsistente Grundrichtung der Politik der Regierung Schröder nicht erkennbar. Zickzackkurs, gebrochene Versprechungen, markige Ankündigungen und dann nur heiße Luft, diese Schlangenlinie zeigt sich auch in der Vorlage des Haushaltsgesetzes 2000, das in seinem Kern nichts ist als die Korrektur der Fehler, die die Regierung Schröder in den ersten zehn Monaten ihrer Amtszeit selbst begangen hat.**

„Innovation und soziale Gerechtigkeit“ waren die Versprechungen im letzten Bundestagswahlkampf und die Überschrift der rot-grünen Koalitionsvereinbarung. Jetzt werden die Ausgaben für Forschung und Bildung und die Investitionen im Bundeshaushalt gekürzt, statt sozialer Gerechtigkeit werden die gesetzlich fälligen Rentenanpassungen manipuliert, die 630-Mark-Jobs werden vernichtet, die Arbeitslosigkeit steigt.

So geht es nicht weiter. Die CDU wird deshalb ihre Rolle als Opposition im Bund verantwortungsvoll wahrnehmen. Wir setzen die Regierung unter den Druck der besseren Alternativen. So haben wir konkrete Reformschritte angeboten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und für eine Steuerreform, die diesen Namen wirklich verdient und mit niedrigen Steuersätzen und einer Ver-

breiterung der Bemessungsgrundlage zu einer echten Nettoentlastung von Bürgern und Unternehmen führt.

Das zeigt: Wir machen, anders als die damalige Riege der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Schröder, Eichel, Lafontaine, keine Totalblockade, geben aber auch keine Handreichung zu einer falschen Politik. Wir sind gesprächsbereit bei den großen Reformprojekten der sozialen Sicherungssysteme und der Steuern, aber wir unterstützen nicht Willkür und Manipulation.

Wir setzen auf Verlässlichkeit und Vertrauen als Grundlage für Reformen und Innovationen gegen die gebrochenen Versprechen und die Substanzlosigkeit, mit der die Regierung Schröder jede Ansätze zur Reformbereitschaft zerstört, Rückschritt statt Aufbruch verursacht, Verunsicherung und tiefe Enttäuschung der Wähler wie der Wirtschaft verbreitet und so für Stagnation und für den erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit verantwortlich ist.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen in Ländern und Kommunen, in West wie Ost zeigen, dass die Menschen Wortbruch und Versagen der Schröder-Regierung nicht tolerieren. Wir werden verantwortungsvoll mit dem Vertrauen umgehen, das uns die Wähler landauf, landab entgegen bringen. Wir werden keine Obstruktion leisten, nicht im Bundestag und nicht im Bundesrat. Das Land ist wichtiger als die Partei und auch wichtiger als die Selbstdarstellung eines Kanzlers.

Angela Merkel:

## Versprochen, gebrochen – das ist Ihr Motto! Und deshalb nehmen die Leute Ihnen nichts mehr ab

**Wir haben in dieser Woche über den Haushalt 2000 debattiert. Herr Eichel, wenn das Maß der Erregung ein Maß für die Güte Ihres Haushalts wäre, dann hätten Sie die Chance, gut dabei wegzukommen. Das ist es aber nicht.**

Es besteht überhaupt kein Zweifel, dass das Datum 2000 uns besonders dazu anregen sollte, dass wir uns über diesen Haushalt Gedanken machen.

Lassen wir uns das noch einmal auf der Zunge zergehen: 456,9 Milliarden DM, das waren die Ausgaben 1998. Im Jahre 2000 werden es 478,2 Milliarden DM sein.

Nach Ihren Plänen sparen Sie im nächsten Jahr im Vergleich zum Jahre 1999 7,5 Milliarden DM. Herr Eichel, das ist alles andere als eine Heldentat. Sie steigern sich hier in eine Heldenpose hinein, als hätte es Ähnliches in Deutschland noch nie gegeben.

Dabei haben Sie, Herr Eichel, mit dem Haushalt 2000 noch Glück im Unglück. Denn Ihr Vorgänger hat die Szene beizeiten verlassen und Ihnen einen aufgeblähten Haushalt hinterlassen. Ich habe mir aus dem Finanzausschuss erzählen lassen, dass Sie den Kolleginnen und Kollegen dort bis heute nicht gesagt haben, woraus genau die Deckungslücke von 30 Milliarden DM besteht, die Sie immer wieder in Abrede stellen.

Es ist doch völlig unstrittig – darüber brauchen Sie sich gar nicht aufzuregen –, dass eine solide Finanzpolitik zu einer vernünftigen Politik dazugehört. Es ist im

übrigen auch nicht verwunderlich, Herr Eichel, dass die Mehrheit der Bevölkerung – das wissen wir genauso wie Sie – das Sparen im Grundsatz für richtig hält.

Dieser Ansatz, weil er von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird, muss Sie doch zu der Frage veranlassen, warum Sie, obwohl Sie angeblich das Richtige tun, Wahl für Wahl verlieren und immer wieder Niederlagen einkassieren.

Ihre erste Erklärung: Wir „vermitteln“ es nicht richtig, wir müssen es den Leuten nur lange genug erklären. Ich habe die

### Aus der Rede der Generalsekretärin in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags am 17. September in Berlin

Vermutung, Herr Eichel und Herr Bundeskanzler, dass hinter Ihrem Bild des Wählers etwas steht, was dem Wähler in der Bundesrepublik Deutschland längst nicht mehr Genüge tut. Dieser Wähler ist mündig, nicht dumm und nicht blöd. Dieser Wähler lässt sich nicht verschaukeln.

Die Ursache, dass Sie trotz der grundsätzlichen Zustimmung zu einer Politik der soliden Haushaltsführung Wahlen verlieren, besteht darin, dass Sie unentwegt Willkür, Chaos und Wortbruch zur Grundlage Ihrer Politik gemacht haben, und das durchschauen die Menschen.

Auch wir werden von unseren Wählerinnen und Wählern gefragt: Was ist denn nun an diesen Schulden, an den 1,5 Billionen DM dran? Aber Sie sind es, der dazu die Wahrheit sagen muss.

### Sagen Sie die Wahrheit!

Sie haben erst sehr spät damit begonnen, in die Debatte einzuführen, wie sich die verschiedenen Schulden zusammensetzen. Hier muss man erst einmal sagen: 1969 war die Verschuldung bei nahezu Null. Sie ist dann auf 308 Milliarden DM bis zum Jahre 1982 angewachsen. Dann ist die Verschuldung von uns mit einem sehr viel langsameren Wachstum der Neuverschuldung – aber immer noch einer Neuverschuldung – in eine sehr solide Finanzpolitik weitergeführt worden.

Herr Eichel, wenn Sie Vertrauen gewinnen wollen, dann sagen Sie den Menschen die Wahrheit. Damals gab es einen Finanzminister Stoltenberg, an dem Sie sich ein Beispiel nehmen können, wie man Steuerreformen macht, Unternehmen entlastet und mehr Einnahmen in die Kasse bringt.

Herr Eichel, ich finde bei Ihren Plänen in Ordnung, dass Sie in den nächsten Jahren die Neuverschuldung herunterfahren wollen. Aber dann sagen Sie doch der Redlichkeit halber, dass es auch unter der Regierung von Helmut Kohl gelungen ist, von 1982 bis 1989 die Nettoneuverschuldung beim Haushalt genau zu halbieren.

Auch das gehört mit zur historischen Wahrheit. Warum sagen Sie nicht, dass im Jahre 1989 die Neuverschuldung 19,7 Milliarden DM betrug, während sie bei Regierungsübernahme nach der sozialliberalen Koalition noch bei 37 Milliarden DM lag? Das ist eine Leistung, die man würdigen muss. Sie können sie nachmachen. Bitte schön, nur zu!

Was mir persönlich wirklich weh tut – auch das muss ich ganz klar sagen –, ist

die Tatsache, wie Sie mit der deutschen Einheit und ihrer Finanzierung umgehen.

Ich frage Sie einmal in diesem Hause: Wer hat denn gewusst, wie es in der früheren DDR aussah?

Da schaue ich einmal den Kollegen Schulz und noch ein paar andere an. Ich würde sagen, dass sie und ich aus der früheren DDR einen vergleichsweise guten Überblick hatten. Die meisten im Westen hatten darüber keinen Überblick.

Daraus entstanden doch die legendären Protokollnotizen im Vertrag zur deutschen Einheit, was man denn alles mit dem Vermögen machen und wie man es etwa zur Hälfte auf die Länder verteilen werde. Das ist doch die Realität.

Wenn man das in der vollen Dimension nicht wissen konnte oder nicht gewusst hat, dann, lieber Herr Eichel, kann man uns heute nicht vorwerfen, wir wollten das auf mehrere Generationen verteilen. Wir haben pro Jahr ungefähr 100 Milliarden DM an Transferleistungen in die neuen Bundesländer gebracht. Was hätten Sie denn machen wollen, um dies in der gleichen Generation zu bezahlen? Wollten Sie die Mehrwertsteuer um 6 Prozent erhöhen, oder welchen Vorschlag hatten Sie? Es ist doch absurd, zu glauben, man hätte eine solch gigantische, historische Leistung bereits zum gleichen Zeitpunkt begleichen können. Das ist doch völlig ausgeschlossen.

### Soziale Marktwirtschaft in einer veränderten Welt

Es ist mit Sicherheit wichtig, dass wir gemeinsam darüber diskutieren, wie wir auf die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts reagieren. Dabei ist der Haushalt eine Sache. Die an uns alle gerichtete Frage heißt: Wie können wir die Mechanismen der sozialen Marktwirt-



schaft in dieser veränderten Welt durchsetzen, in der auf den Finanz- und Wirtschaftsmärkten international agiert wird und die sozialen Ausgleichsmechanismen national organisiert werden müssen?

Ich sage Ihnen als erstes: Ich wäre im Traum nicht darauf gekommen, dass der von Rot-Grün am zweitstärksten geschröpfte Haushalt der Haushalt des Entwicklungsministeriums ist.

Wenn die internationalen Probleme der Zukunft nicht mehr die Probleme der klassischen Sicherheitspolitik sind, sondern die Probleme von Umweltverschmutzung und Überbevölkerung, die Probleme der globalen Erhaltung unserer Ressourcen, dann muss ich Sie doch fragen: Was reitet Sie, in diesem Einzelplan an vielen Stellen, bei Institutionen und bei privaten Initiativen, derart zu streichen? Ich verstehe es nicht, und Sie haben es auch noch nicht erklären können.

Sie wollen private Initiative stärken, Sie wollen das Eigenengagement fördern – und Sie treten allen privaten Organisationen in diesem Lande, die sich mit Entwicklungs- und Umwelthilfe beschäftigen, vor das Schienbein.

Wenn man in der Verantwortung war, soll man sich bei der Beurteilung seines Nachfolgers zunächst ein ganzes Jahr zurückhalten. Das Jahr ist fast herum, nun wollen wir mal nicht so scharf agieren.

Was ich aber über die internationale Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland höre, spricht nun für alles andere als dafür, dass man sich überhaupt für diesen Bereich interessiert.

Herr Trittin interessiert sich für die Abschaltung von zwei – am besten noch mehr – nationalen Kernkraftwerken. Er interessiert sich vielleicht marginal noch für die Ökosteuer – aber auch das machen andere für ihn –, und ansonsten interessiert ihn das alles überhaupt nicht. So hinterlässt man ein fürchterliches Bild, wenn es um

Klimaschutz, Naturschutz und Ressourcenschutz in der Welt geht.

Wir brauchen also internationales Engagement. Aber natürlich brauchen wir auch nationale Veränderungen. Deshalb zu einem weiteren Punkt, den ich für sehr wichtig halte: Wie organisieren wir Mehrheiten für Reformen, für Veränderungen in diesem Lande? Ohne Glaubwürdigkeit wird es auf keinen Fall gehen. Dafür ist es ganz wichtig, sich noch einmal darüber klar zu werden, was wir in diesem Lande unter „Gemeinwohl“ verstehen. Herr Bundeskanzler, Sie stehen für ein Bild, das den Eindruck vermittelt: Der Staat bin ich, der Rest sind Partikularinteressen.

---

## Die Interessen vernünftig ausgleichen

---

Es ist bedauerlich, wie Sie auf dem Bauerntag in Cottbus aufgetreten sind. Sie haben nur für die Kameras gesprochen und sich überhaupt nicht dafür interessiert, welche Probleme die einzelnen Bauern – die kleinen aus dem Allgäu und die großen aus den neuen Bundesländern – haben. Sie wollten einfach nur zeigen, dass Sie gegen die sogenannten Partikularinteressen in diesem Lande vorgehen.

Deshalb: Niemand hat behauptet, dass das Gemeinwohl die „Summe“ aller Einzelinteressen ist, wie es der Bundeskanzler unterstellt. Das war es noch nie, das wird es nie sein. Trotzdem sind die Einzelinteressen wichtig. Es wird darauf ankommen – ich sage Ihnen zu: wir werden uns beteiligen –, in einem vernünftigen Ausgleichsmechanismus nach den Maßstäben der Gerechtigkeit eben diesen Ausgleich der Interessen im Lande zu finden. Das war der Charme der sozialen Marktwirtschaft zu Zeiten Ludwig Erhards, und das muss wieder so werden in einer Welt, die offen und globalisiert ist. Wir werden uns dieser Herausforderung stellen. ■

# Haushalt 2000

**Die SPD behauptet, die CDU habe einen hohen Schuldenberg hinterlassen.**

**Tatsache ist:** Der Anstieg der Verschuldung ist Folge der Schuldenpolitik der sozial-liberalen Koalition. Von 1969 auf 1982 hat die SPD die Verschuldung von 45 auf 308 Milliarden DM massiv ausgeweitet. Der Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen stieg damals von 2,8 auf 12,1 Prozent. Eine derart abenteuerliche Schuldenpolitik hat es unter Verantwortung der CDU nicht gegeben. Die CDU hat die Neuverschuldung bis 1989 von 37,2 Milliarden DM auf 19,2 Milliarden DM halbiert. Ohne die Herausforderungen aus der Wiedervereinigung wäre der Bundeshaushalt bereits heute ausgeglichen.

Ausmaß und Umfang der Herausforderungen durch die Deutsche Einheit waren nicht vorhersehbar. Dennoch ist es erfolgreich gelungen, die Preisstabilität zu erhalten und zugleich die Erblasten von vierzig Jahren Sozialismus in ein geordnetes Finanzverhältnis zu überführen. Es bestand Einvernehmen, die Erblasten außerhalb des Bundeshaushalts zu führen. Ende 1998 war die Abtragung um 20 Milliarden DM dem Plan voraus. Bereinigt um die sozialistischen Erblasten der DDR konnte Deutschland unter Regierungsverantwortung der Union 1998 die zweitniedrigste Schuldenquote innerhalb der EU vorweisen.

**Die SPD behauptet, die CDU habe die Ausgaben zulasten kommender Generationen ausgeweitet.**

**Tatsache ist:** Die CDU hat die Ausgaben des Bundes von 1994 bis 1997 kontinuierlich um 30 Milliarden DM gesenkt. Gegenüber 1982 haben wir den Bund sogar um rund 130 Milliarden DM entlastet. Die SPD-geführte Bundesregierung gibt im kommenden Jahr mit rund 478,5 Milliarden DM nicht 30 Milliarden DM weniger, sondern gegenüber dem letzten von der Union noch zu verantwortenden Bundeshaushalt 1998 sogar 22 Milliarden DM mehr aus. Das Sparpaket verschiebt Ausgaben auf Länder und Gemeinden, auf Sozialkassen. Ausgabenkürzungen in Milliardenhöhe sind nicht präzisiert.

**Die SPD behauptet, die CDU habe Arbeitnehmer mit Steuern belastet.**

**Tatsache ist:** Die CDU hat die Steuererzahler in den achtziger Jahren netto um über 50 Milliarden DM entlastet, die Steuersätze vom Eingangs- bis zum Höchststeuersatz gesenkt und steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmen abgebaut. Mit den Petersberger Steuervorschlägen hätten wir an diese steuerpolitische Konzeption wieder angeknüpft. Zusammen mit der Neuregelung des Existenzminimums, dem Familienleistungsausgleich, dem Wegfall des Kohlepfennigs und der Senkung des Solidaritätszuschlags hätten wir den Steuerzahlern aufkommensmäßig das zurückgeben, was steuerlich zur Finanzierung der Deutschen Einheit notwendig wurde. Dies hat die SPD blockiert. Die CDU hat zu dem durch ihre Reformpolitik, die Beiträge zu den Sozialversicherungen stabilisiert und gesenkt.

Die SPD-Politik zielt auf eine Umverteilung zwischen Steuern und Abgaben. Dies

ändert nichts an der Belastung, schwächt aber Kaufkraft und Wirtschaft. Das „Steuerentlastungsgesetz“ ist in Wirklichkeit ein Steuerbelastungsgesetz für Mittelstand und Unternehmen, von denen die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen erwartet wird. Die Senkung der Steuersätze ist halbherzig und unzureichend. Teilweise werden für jede zusätzlich verdiente Mark sogar leistungsfeindlich mehr Steuern fällig: Eine Nettoentlastung vor dem Wahljahr 2002 gibt es nicht. Das Steuerrecht wird durch zusätzliche Regelungen bürokratischer und komplizierter.

**Die SPD behauptet, sie werde den Aufbau Ost auf hohem Niveau fortführen.**

**Tatsache ist:** Die SPD plant massive Kürzungen zulasten des Aufbau Ost. Allein bei den Hilfen für den Aufbau Ost sollen rund 3 Milliarden DM für Strukturanpassungsmaßnahmen, Förderprogramme, bei Infrastruktur, Städtebauförderung und Forschung und Entwicklung gestrichen werden.

Die CDU hat die Weichen für den Aufbau Ost richtig gestellt. Die Leistungen für die neuen Bundesländer in Höhe von insgesamt 1.400 Milliarden DM bis Ende 1998 haben den Aufbau beachtlich vorangebracht.

**Die SPD behauptet, die CDU habe kein Rentenkonzept. Rentner wären durch die CDU in den vergangenen Jahren benachteiligt worden.**

**Tatsache ist:** Die CDU Deutschlands hat mit der Rentenreform 1999 und dem sogenannten demographischen Faktor ein zukunftsgerichtetes Reformpaket vorgelegt, das einen fairen Ausgleich zwischen Alt und Jung vorsah. Aufgrund der längeren Lebenserwartung der Bürgerinnen und

Bürger sollte ab 1999 in die Berechnungsformel der Rente ein Faktor eingebaut werden, durch den die Belastungen, die sich aus der höheren Lebenserwartung ergeben, gerecht auf Beitragszahler und Rentner verteilt werden. Dadurch wären die Renten in Zukunft etwas langsamer gestiegen als die Nettolöhne der Arbeitnehmer.

Heute will Schröder von diesen Versprechen nichts mehr wissen. Die finanziellen Engpässe in der Rentenversicherung, die durch die Aussetzung wesentlicher Teile der Rentenreform 1999 entstanden sind, sollen durch weitaus kräftigere Einschnitte bei den Renten wieder ausgeglichen werden. Die Renten sollen nur noch wie die Inflationsrate steigen. Im Ergebnis sind dies reale Nullrunden.

Zum Vergleich: Nach den Plänen der Bundesregierung erhalten die Rentner im Jahr eine Erhöhung von 0,7 Prozent; mit der Reform der CDU wären es 3,2 Prozent gewesen. Im Jahr 2001 sind es bei der SPDgeführten Bundesregierung 1,6 Prozent gegenüber 3 Prozent des CDU-Konzepts.

**Die CDU wird sich der konstruktiven Mitwirkung an der Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht versagen. Sie wird nicht nach dem Vorbild der SPD Obstruktion und Blockade im Bundesrat praktizieren. Die CDU ist bereit, mit der SPD gemeinsam eine Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung zu verwirklichen. Die Bundesregierung kann aber nicht erwarten, dass die CDU den falschen Weichenstellungen der Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung ihre Zustimmungen gibt. Wir erwarten eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich auf die Stärkung der Wachstums- und Investitionskräfte konzentriert, damit Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden können.**

# Bundesregierung vernachlässigt Zukunftsinvestitionen

**Zum Regierungsentwurf des Haushalts 2000 für Bildung und Forschung erklärten der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Gerhard Friedrich, und der stellvertretende Sprecher, Thomas Rachel:**

Der Bundesregierung fehlt die politische Kraft, den Zukunftsinvestitionen Priorität einzuräumen. Der Haushaltsentwurf 2000 liefert dafür endgültig den Beweis: Die Mittel für Bildung und Forschung werden gekürzt! Alles Schönreden und -rechnen hilft nicht. Sparen ist gut, aber nicht zu Lasten der Perspektiven unserer Jugend auf Arbeit und Wohlstand und damit der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die kommenden Generationen müssen dies ausbaden.

Vollmundig hatte die Bundesregierung bei Amtsantritt verkündet, in den kommenden fünf Jahren die Investitionen in Bildung und Forschung zu verdoppeln, bezogen auf den damaligen Bildungs- und Forschungsetat also um 3 Mrd. DM pro Jahr zu erhöhen.

Beim Haushalt 1999 wurde die Bezugsgrösse kurzerhand geändert, so dass nur noch von 1 Mrd. DM mehr pro Jahr die Rede war. Der Haushaltsentwurf 2000 in Höhe von 14.59 Mrd. DM weist nunmehr ein Minus von 340 Mio. DM gegenüber dem Soll 1999 aus. Das nennt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD, Stephan Hilsberg, eine Sicherung des Trends zu Gunsten der Forschung und Bildung.

Ab dem Jahr 2000 sollen erstmals die Mittel für BAföG-Darlehen nicht mehr über den Bundeshaushalt sondern durch die Deutsche Ausgleichsbank ausbezahlt werden. Der Bund kommt nur noch für

BAföG-Zinszuschüsse und die Erstattung von Darlehensausfällen auf. Die durch diesen Buchungstrick freiwerdenden 549 Mio. DM könnten sehr wohl jetzt für eine Verbesserung der derzeitigen BAföG-Leistungen genutzt werden, da die groß angekündigte BAföG-Reform nach den Vorgaben des Finanzministers mindestens noch bis zum Jahr 2001 auf sich warten lässt. Das Deutsche Studentenwerk bezeichnet die sang- und klanglose Verschiebung der BAföG-Reform als einen Skandal und beklagt den fehlenden politischen Willen, der jungen Generation bessere Zukunftschancen zu verschaffen. Dem ist nichts hinzuzufügen!

## Herbe Enttäuschungen

Auch im Forschungsbereich folgen den vollmundigen Ankündigungen der Bundesregierung herbe Enttäuschungen. Die Energieforschung wurde schon bei der Regierungsbildung vom Forschungs- an das Wirtschaftsministerium abgetreten. Im Jahr 2000 werden jetzt die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gerade im Bereich der Erneuerbaren Energien um 29 Mio. DM gekürzt. Ebenso ergeht es der Luftfahrtforschung und -technologie. Ihr werden rund 36 Mio. DM gestrichen.

Abgesehen von dieser finanziellen Kürzungsorgie ist die Ausgliederung dieser und anderer Forschungsbereiche aus dem Forschungsministerium kontraproduktiv, da bestehende Synergieeffekte mit verwandten Forschungsbereichen, wie zum Beispiel der Materialforschung, so nicht optimal zum Tragen kommen. Die Bundesregierung sollte ihre Entscheidung deshalb korrigieren. Das kostet nichts, bringt aber mehr! ■

Jürgen Rüttgers:

## Sparen ist richtig – aber an der richtigen Stelle

**In der Haushaltsdebatte zum Einzelplan Inneres am 16. September führte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers, unter anderem folgendes aus:**

Wer heute – rund ein Jahr nach der Bundestagswahl – eine erste Bilanz der Innenpolitik der rot-grünen Bundesregierung zieht, kann nur zu einem Schluss kommen: Die Politik von Bundesinnenminister Schily ist unfair und konzeptionslos.

Die Bilanz lautet:

- ▶ ein verfehltes Staatsangehörigkeitsrecht
- ▶ eine magere Bilanz bei der EU-Ratspräsidentschaft
- ▶ Stillstand bei der inneren Sicherheit
- ▶ Konzeptionslosigkeit beim öffentlichen Dienst
- ▶ Sparen am falschen Ende.

Was hat es alles für große Ankündigungen gegeben, als das Staatsbürgerschaftsrecht novelliert werden sollte. Ein historisches Gesetz wollte man schaffen. Herausgekommen ist Stückwerk.

Immer noch fehlen die notwendigen Abstimmungen und Verzahnungen mit anderen Gesetzen, vor allem dem Ausländergesetz.

Immer noch gibt es Regelungslücken und Wertungswidersprüche. Das Gesetz ist schlampig und musste vor der Sommerpause durchs Parlament gepeitscht werden.

Unser Angebot zu parteiübergreifenden Gesprächen wurde zurückgewiesen. Das Integrationskonzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde abgeschmettert.

Wo ist eigentlich das Integrationskonzept der Bundesregierung?

Aber es ging ja auch nicht um Integration. Es ging nicht um eine bessere Zuzugsbegrenzung. Es ging um Ideologie und Machterhalt. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul hat vor wenigen Tagen gesagt, worum es in Wirklichkeit ging:

Auf einer Diskussionsveranstaltung hat sie laut Kölner-Stadt-Anzeiger vom 9. 9. 1999 gesagt, unter den „Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund“ könne die SPD mit Stimmanteilen über 50% rechnen. Und sie fügte hinzu: „Hier liegen Wählerpotentiale, die richtig und vernünftig angesprochen, manche Kommunalwahl in Großstädten entscheiden könnten.“

Es ging eben nicht um Integration, sondern um Stimmen. Aber Sie werden sich täuschen. Genauso wie Sie sich bei den Erstwählern getäuscht haben. Nicht nur die Jungen, sondern auch die ausländischen Mitbürger sind nicht so dumm, wie Sie glauben. Sie wissen, dass Integration mehr ist als ein neuer Pass, und sie wissen, dass die Bundesregierung hier versagt. Sie wissen, dass die Ausländerpolitik der Bundesregierung ohne Substanz ist.

Ohne Substanz ist auch das Gerede von der Durchsetzung nationaler Interessen, das immer wieder aus der Bundesregierung tönt.

Was, Herr Schily, haben Sie in Ihrer EU-Ratspräsidentschaft zur Durchsetzung nationaler Interessen erreicht? Wo ist eigentlich das faire und angemessene System in Europa bei der Aufnahme von Flüchtlingen? Was ist aus dem europaweiten Solidarausgleich geworden?

Bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme aus dem Kosovo haben wir davon nichts gemerkt.

Sie waren es doch, der die Flüchtlingspolitik zum Schwerpunkt Ihrer Ratspräsidentschaft machen wollte.

Sie waren es doch, der ein europaweites System zur Identifizierung von Fingerabdruckdaten von Asylbewerbern und illegal Eingereisten oder Eingeschleusten schaffen wollte! Von dieser Datei haben wir bis heute nichts gesehen.

Wo ist der Europäische Gerichtshof, den Sie im Fall Öcalan vorgeschlagen haben?

Sie wollten über eine erleichterte Ausweisung und Abschiebung straffälliger und gewaltkrimineller Ausländer nachdenken.

Was ist aus diesem Nachdenken geworden? Sie wollten „sehr sorgfältig“ untersuchen lassen, ob in Anknüpfung an den Briefwechsel Ihres Amtsvorgängers mit der Türkei ein bilaterales Abkommen über die Einhaltung rechtsstaatlicher Garantien nach einer Abschiebung getroffen werden könne. Was ist daraus geworden?

Große Worte, – viele Ankündigungen und keine Ergebnisse.

Und was das Schlimmste ist, mit einer solchen Politik verschärfen Sie nicht nur das Ausländerproblem in unserem Land, sondern Sie gefährden langfristig auch die Ausländerfreundlichkeit in Deutschland, wie sie sich zuletzt bei der ungeheuren Hilfsbereitschaft der Deutschen im Balkankrieg wie bei dem verheerenden Erdbeben in der Türkei gezeigt hat.

Die Deutschen sind bereit, den geschundenen Menschen im Kosovo zu helfen. Sie wollen, dass die Menschen auf dem Balkan ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat führen können. Sie sind auch bereit, Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Sie sind aber nicht bereit zu akzeptieren, dass kriminelle Banden aus dem Kosovo Deutschland unsicher machen und

mit Drogen, Prostitution, Kinderprostitution und Geldwäsche Milliarden Gewinne einstreichen.

Aber auch für den Bereich der inneren Sicherheit gilt: nur Stillstand.

Das Bundeskriminalamt verzeichnet im „Lagebild“ bei der Organisierten Kriminalität aus dem Kosovo eine „extreme Gewaltbereitschaft“ wie auch eine „äußerst massive und brutale Gewaltausübung“.

Was haben Sie getan, um die organisierte Kriminalität besser zu bekämpfen?

Jetzt rächt sich, dass auf Ihr Betreiben hin die akustische Überwachung von Gangsterwohnungen verwässert worden ist.

Warum sperren Sie sich gegen die optische Überwachung von Gangsterwohnungen?

Warum wird der Verfassungsschutz nicht überall, also auch in SPD-regierten Ländern wie NRW, zur Vorfeldbeobachtung eingesetzt?

Warum kommt der Ausbau von Europol zu einer europäischen Polizeibehörde mit eigenen Eingriffsmöglichkeiten beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen, gegen Terrorismus und den Drogenhandel nicht spürbar voran?

Statt dessen hat die Regierung mit Bodo Hombach einen Mann zum EU- Sonderkoordinator für den Stabilitätspakt im Balkan gemacht, der mehr Zeit für die Rundumverteidigung in seinen eigenen Affären braucht als sich darum zu kümmern, die Not im Kosovo und damit den Nährboden der organisierten Kriminalität zu bekämpfen.

Sie kürzen die Mittel für eine bessere Ausstattung der Bereitschaftspolizei im nächsten Jahr von 39 Mio. DM auf 32 Mio. DM, im Jahr 2001 von 32 Mio. DM auf 6 Mio. DM und im Jahr 2002 auf 0 DM. Statt Sicherheit produzieren Sie Sicherheitslücken.

Und für den Einsatz des Bundesgrenzschutzes auf Bahnhöfen und in Zügen

wollen Sie 250 Mio. DM bei der Bahn kassieren.

Sollen demnächst Fußballvereine für den Einsatz der Polizei bei Fußballspielen zahlen, die Eltern für die polizeiliche Sicherung der Schulwege, die Bürger für Streifenfahrten der Polizei in ihrem Wohnviertel?

Wer für die innere Sicherheit Gebühren verlangt, zerstört langfristig das Gewaltmonopol des Staates. Das ist unfair und ungerecht. Sicherheit darf nicht zu einer Frage des Geldes werden.

Innere Sicherheit darf nicht davon abhängen, ob man Geld hat, ob man Geld für teure Alarmanlagen hat oder Geld für „Schwarze Sheriffs“.

Schon heute gibt es nach verlässlichen Schätzungen rund 200.000 Menschen, die bei privaten Wachdiensten arbeiten, und demgegenüber „nur“ 314.000 Polizeibeschäftigte.

Wenn der Staat das Gewaltmonopol für sich in Anspruch nimmt – und das ist eine große kulturelle und zivilisatorische Leistung, die es zu verteidigen gilt – dann kann er nicht sagen, ich habe kein Geld für die innere Sicherheit. Alles andere ist unfair und ungerecht.

Das gilt nicht nur für die Ausstattung der Polizei, sondern auch für die Polizeibesoldung.

Wer wie Sie, Herr Schily, in diesem Jahr die Beamtenbesoldung von den Tariferhöhungen abkoppelt, trifft vor allem die Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes, und d.h. vor allem auch die Polizisten und Justizbeamten.

Und völlig unverständlich ist, wenn Sie die zum 1. Juni diesen Jahres vorgesehene Anpassung der Beamtgehälter an den Tarifabschluss kurz vor der Beratung des Besoldungsgesetzes im Innenausschuss des Bundestags durch einen Antrag wieder kassieren.

Und damit nicht genug. Jetzt ist wieder offen, ob der 1. Juni überhaupt noch gilt.

Den Beamten der Besoldungsgruppen B, deren Bezüge erst zum 1. Januar 2000 erhöht werden sollen, die aber bereits einen Abschlag auf die vorgesehene Erhöhung der Bezüge zum 1. Juni erhalten haben, wurde dieser sogar wieder abgezogen.

Um das Maß der Verwirrung und Missachtung der Beamten voll zu machen, sollen Beamte, Angestellte und Arbeiter künftig nur noch einen Inflationsausgleich erhalten. Das ist unfair und ungerecht.

So geht man nicht mit Polizisten und kleinen Beamten um, Herr Schily.

Sie haben Geld gehabt, um Ihre neuen Büros in Berlin noch einmal für 1,6 Mio. DM nachträglich umbauen zu lassen, aber kein Geld für die Beamten.

Sie haben Geld, um einen Luxus-Dienstwagen von Mercedes für den Ex-Kanzleramtschef Hombach zu beschaffen, weil ihm der vom Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellte fabrikneue gepanzerte Audi A8 nicht gut genug war.

Aber Sie kürzen die Mittel für die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe von 15,7 Mio. DM auf 5,3 Mio. DM.

Bei der Förderung des Spitzensports kürzen Sie mitten im Olympiajahr 9 Mio. DM. Für den Sportstättenausbau in den neuen Bundesländern waren 100 Mio. DM zugesagt, im Haushalt stehen aber nur 11 Mio. DM, obwohl jeder weiß, dass Sport nicht nur eine Frage der Gesundheit ist, sondern gerade in den neuen Bundesländern ein wichtiger Beitrag gegen Jugendkriminalität und das Abgleiten junger Leute in den Rechtsextremismus.

Statt für die Polizisten, die Beamten, den Sport zu kämpfen, nickt Herr Schily im Kabinett die Beschlüsse ab.

Sparen ist richtig – aber an der richtigen Stelle. Die Politik des Innenministers aber ist unfair und konzeptionslos. ■

# Herr Riester, Sie stehen mit Ihrer Politik auf verlorenem Posten

**Herr Riester, Sie haben ein Kernproblem: Ihre Sozial- und Rentenpolitik ist zum Anhängsel der Finanzpolitik verkommen. Wer den Sozialstaat zukunftsfähig machen will, darf sich nicht ausschließlich von fiskalischen Überlegungen leiten lassen. Das muss schief gehen. Wer den Sozialstaat zukunftsfähig machen will, muss eigene Zielvorstellungen, ein in sich schlüssiges Konzept entwickeln. Und das haben sie nicht.**

Sie haben den Menschen im Wahlkampf Glauben gemacht, eine Reform der Rentenversicherung sei nicht notwendig und jegliche Absenkung des Rentenniveaus unsozial. Noch am 17. Februar 1999 sagte der Bundeskanzler in Vilshofen: „Ich stehe dafür, dass die Renten steigen wie die Nettoeinkommen.“ Nun haben Sie sich dazu entschlossen, die Rentner und Rentnerinnen deutlich stärker zu belasten, als dies in unserem Konzept je vorgesehen war. Bei Ihnen werden die Rentner mit rd. 100 DM pro Monat belastet. Die Quittung für diesen Wahlbetrug haben Sie in den vergangenen Wochen im Saarland, in Thüringen und in Nordrhein-Westfalen erhalten.

Wir lehnen Ihre Rentenpolitik vor allem aus folgenden Gründen ab:

- Sie haben kein Konzept. Ihnen fehlt jegliche Rentenphilosophie. Sie greifen mit improvisierten Maßnahmen brachial und willkürlich in die Systematik der Rentenversicherung ein ohne auch nur in Ansätzen erkennen zu lassen, wohin die Reise mit dieser Regierung in der Rentenpolitik geht.

*Dazu bemerkt die Süddeutsche Zeitung (30.7.99): „Riesters Rentenkonzept ist äußerst dürftig, weil es die gesetzliche*

*Rentenversicherung ziellos in die Zukunft entläßt*

- Sie betreiben Rentenpolitik nach Kassenlage und ruinieren damit das Vertrauen in die Gesetzliche Rentenversicherung. Sie degradieren die Renten zu einem Wurmfortsatz des Haushalts, die je nach Kassenlage als huldvolle Zuwendung der Obrigkeit gewährt werden. Ihnen und dem Bundeskanzler glaubt in Deutschland niemand, dass Sie nach zwei Jahren wieder zur Anpassung an die Nettolöhne zurückzukehren wollen!
- Trotz anders lautender Versprechungen wird die Öko-Steuer nicht vollständig an die Beitragszahler weitergegeben, sondern zum Stopfen der Haushaltslöcher herangezogen.
- Mit der Einführung der Mindestrente höhlen Sie das Versicherungsprinzip in der Rentenversicherung aus. Manchmal hat

## Rede des Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, in der Debatte zum Haushaltsgesetz 2000 am 15. September

man gar den Eindruck, dass Sie mit Ihren Rentenkürzungen erst die Altersarmut schaffen, die Sie dann mit der Mindestrente bekämpfen wollen.

- Auf der anderen Seite werfen Sie das Geld aus dem Fenster. Die von Ihnen angestrebte Rente mit 60 ist nicht bezahlbar, und das wissen Sie. Nach Angaben des VdR betragen die Kosten für 100.000 Frührentner rd. 3,5 Mrd. DM pro Jahr. Bei 500.000 Frührentnern sind das rd. 17,5



Mrd. DM pro Jahr bzw. ein Beitragspunkt, den Sie den Beitragszahlern aufbürden. Das ist Ihr Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Wie wollen Sie den Menschen eigentlich die gravierenden Rentenkürzungen erklären, wenn Sie das Geld der Rentenversicherung für arbeitsmarktpolitisch äußerst zweifelhafte Vorruhestandsregelungen verschwenden?

Der Schaden, den Sie mit Ihren unausgegorenen Rezepten hervorrufen, ist immens: Sie zerstören mit Ihren Manipulationen und kurzatmigen Eingriffen das Vertrauen in die Gesetzliche Rentenversicherung und untergraben nachhaltig die Reformbereitschaft in der Bevölkerung. Damit wird das Rentensystem nicht zukunftsfest; nein, es wird unglaubwürdig.

Und da ist es geradezu heuchlerisch, dem DGB vorzuwerfen, er verunsichere mit seinen Vorschlägen die Rentner: Sie sind es, der Verunsicherung stiftet!

Grundsätzlich ist die Absicht der Bundesregierung, die öffentlichen Haushalte weiter zu konsolidieren, richtig. Sparbemühungen, die nachhaltig zur Konsolidierung beitragen, verdienen Unterstützung. Es muss auch umgesteuert werden, um die Rentenversicherung zukunftsfest zu machen.

Dazu muss auch die ältere Generation einen Beitrag leisten. Darüber besteht in der CDU/CSU Konsens, denn ein Rentensystem mit ständig steigenden Beiträgen, hätte langfristig keinen Bestand. Zudem geht es bei Reform der Rentenversicherung nicht nur um die Sicherung im Alter, sondern es geht auch um die Chancen der Jugend.

Deshalb haben wir in der vergangenen Legislaturperiode den demographischen Faktor in die Rentenversicherung eingebaut. Diese Regelung haben Sie wider besseres Wissen und gegen alle Expertenkritik vom Tisch gefegt und als sozial ungerecht diffamiert. Das alleine kostet die Rentenversicherung lt. VdR pro Jahr rd. 4,3 Mrd.

DM. Mit dem Sparpaket kommen noch einmal rd. 6 Mrd. DM hinzu.

Zu Ihrem merkwürdigen Verständnis vom Sparen zählt übrigens auch das Versprechen, für mindestens 2 Mrd. DM eine neue Mindestrente einzuführen.

Insgesamt belaufen sich die Belastungen, die Sie der Rentenversicherung zumuten, damit auf rd. 10 Mrd. DM pro Jahr. Sie schaffen sich die Probleme selbst, die die künftige Generation aushalten muss.

Dennoch ist die CDU/CSU bereit, mit der Regierung in Gespräche über einen Rentenkonsens einzutreten. Dazu müssen aber folgenden Voraussetzungen erfüllt werden:

- Die willkürlichen Sparaktionen müssen zurückgenommen werden. Die Ausarbeitung einer Reform der Rentenversicherung muss getrennt werden von der aktuellen Haushaltssituation.

- Die beitragsbezogene Rente muss weiterhin Kern des Alterssicherungssystems bleiben. Für uns gilt: Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Daran wollen wir festhalten. Dabei sind wir durchaus bereit, darüber zu diskutieren, wie man Familienleistungen stärker als bislang in der Rentenversicherung berücksichtigen könnte.

- Eine Reform muss die Gerechtigkeit zwischen den Generationen bewahren. Belastungen und Entlastungen müssen gleichmäßig auf Beitragszahler und Leistungsempfänger verteilt werden. Deshalb muss der demographische Faktor in der Rentenversicherung wieder eingeführt werden. Das ist ja inzwischen auch vom DGB und VdK anerkannt worden.

- Die beitragsfinanzierte Rente muss durch kapitalgedeckte Elemente ergänzt werden. Das ist unstrittig. Wir sind bereit, darüber zu diskutieren. Zur Stärkung der privaten Altersvorsorge haben Sie aber bislang kein Konzept vorgelegt, auf dessen Grundlage sich diskutieren ließe.

Inzwischen gibt es eine breite Basis für einen Rentenkonsens. Grundlage eines solchen Konsenses könnte der Vorschlag des DGB sein, der im wesentlichen einen demographischen Faktor und eine um modifizierte Nettoformel vorsieht. Auf dieser Basis ließe sich diskutieren. Dazu sind wir bereit. Der einzige, der sich bislang jedem Gespräch widersetzt, sind Sie Herr Riester.

Die Süddeutsche Zeitung bemerkt hierzu treffend (10.9.99): „Mittlerweile gehört Walter Riester zu den letzten Gefangenen, die tapfer im eigenen Käfig ausharren und sich dem demographischen Faktor verweigern, den die SPD im Bundestagswahlkampf erfolgreich als Begriff für die Kürzung der Renten diskreditiert hat.“

Herr Riester, wenn Sie an einem Rentenkonsens interessiert sind: Kommen Sie aus Ihrem Käfig heraus und reden Sie mit uns!

Die Diskussion um die Rente verstellt den Blick auf den Arbeitsmarkt, denn an den Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt wollten Sie sich messen lassen.

Ihre Bilanz nach knapp einem Jahr ist verheerend:

- Die Zahl der Arbeitslosen verharrt mit über 4 Mio. auf einem unerträglich hohen Niveau. Seit dem Regierungswechsel ist die Zahl der Arbeitslosen sogar um rd. 60.000 gestiegen.

*Die Bundesanstalt für Arbeit schreibt dazu in ihrem jüngsten Bericht: „Der Arbeitsmarkt tritt auf der Stelle. Eine Besserung kann kurzfristig nicht erwartet werden.“*

- Die Zahl der Arbeitsplätze ist seit dem Regierungswechsel bis Dezember des letzten Jahres um rd. 350.000 gesunken.

*Die Zahlen für 1999 verschweigen Sie uns. Aber der jüngste Bericht des Bundesanstalt für Arbeit lässt auch hier nichts Gutes ahnen: Die Daten sprechen dafür, „dass die Zahl der Er-*

*werbstätigen, anders als 1998, im bisherigen Jahresverlauf nicht weiter gewachsen ist.“*

- Das Programm für 100.000 arbeitslose Jugendliche, ist das einzige, was Sie permanent als Erfolg verkaufen. Bei näherem Hinsehen erweist sich aber auch das als teure Mogelpackung zur Bereinigung der Statistik:

*Ich erinnere Sie an eine Rede von Ihnen vom Mai dieses Jahres: „Ein besonderes Anliegen des Sofortprogramms ist es, Jugendliche zu erreichen, die nicht beim Arbeitsamt registriert sind. Jugendliche, die überwiegend aus einem schwierigen sozialen Umfeld kommen, die in der Regel keinen Schulabschluss haben, sollen durch Maßnahmen ... motiviert werden, eine Ausbildung, Qualifizierung, oder Arbeit aufzunehmen.“*

- Die Realität sieht anders aus:
- Die Arbeit der Jugendlichen ohne Schulabschluss beträgt gerade einmal 17%.
- Sie reden immer davon, 100.000 Jugendliche in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Entscheidend für den Erfolg des Programms ist aber nicht die Frage, wie viele Jugendliche in eine Maßnahme eintreten, sondern wie viele von ihnen nach Abschluss der Maßnahme in Ausbildung oder Beschäftigung einmünden.
- Die vorliegenden Zahlen sind erschreckend: Von den rd. 70.000 Jugendlichen, die aus den Maßnahmen ausgetreten sind,
  - ▶ Sind knapp 20.000 wieder arbeitslos;
  - ▶ 3.500 Jugendliche „noch nicht untergebracht“.
  - ▶ Bei 9.400 Jugendlichen ist der „Verbleib unbekannt“.
  - ▶ Dagegen sind lediglich 2.300 in außerbetriebliche Ausbildung und nur 8.900 in Arbeit vermittelt worden.

**Fazit:** Sie haben also nicht 100.000 Jugendliche in Arbeit oder Ausbildung gebracht, sondern gerade einmal rd. 11.000. Und für jeden dieser Jugendlichen haben Sie rd. 220.000 DM ausgegeben.

Auch beim Bündnis für Arbeit sind Sie noch keinen Schritt vorangekommen. Es droht zum Bündnis zur Besitzstandswahrung zu verkommen.

Die wenigen Einigungen sind keine wirklichen Fortschritte, sondern im wesentlichen Vereinbarungen zu Lasten der Beitragszahler und ohne positive beschäftigungspolitische Wirkungen:

Bei der Neuregelung zum Schlechtwettergeld wird die Bundesanstalt für Arbeit und damit die Beitragszahler mit rd. 51 Mio. DM pro Jahr belastet.

Und wie von der Änderung bei der Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld positive beschäftigungspolitische Impulse ausgehen sollen, wird das Geheimnis des Kanzlers bleiben.

Die notwendigen Strukturreformen sind bislang nicht angegangen worden. Für ein erfolgreiches Bündnis für Arbeit sind aus meiner Sicht folgende Dinge unabdingbar:

- eine an der Produktivität orientierte Tarifpolitik, die auch im Interesse der Arbeitslosen zu fairen und sachgerechten Kompromissen führt;
- eine Steuerpolitik, die zu einer drastischen Senkung der Steuer- und Abgabennlast führt und damit Investitionen und Innovationen anregt;
- eine Haushaltspolitik, die die Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte bremst und mehr Freiräume für unternehmerische Aktivitäten schafft;
- eine Politik der Deregulierung, die insbesondere für mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt sorgt, sowie
- eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die einen Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten leistet und die Anreize zur Aufnahme von Arbeit erhöht.

Aber davon ist diese Bundesregierung weit entfernt. ■

## Ein Ausdruck praktischer Vernunft

*Walter Riester ist ein Gefangener – ein Gefangener der Propaganda der SPD von ehemals. Mittlerweile freilich gehört er zu den letzten Gefangenen, die tapfer im eigenen Käfig ausharren und sich dem „demographischen Faktor“ verweigern, den die SPD im Bundestagswahlkampf 1998 erfolgreich als Begriff für die Kürzung der Renten diskreditiert hat. Soeben nämlich ist auch der Deutsche Gewerkschaftsbund durch die Gitterstäbe geschlüpft.*

*Selbst der DGB also plädiert nun für den sogenannten demographischen Faktor – was geheimnisvoll bis gefähr-*

*lich klingt, aber nichts anderes ist als ein Abschlag von den in der Zukunft fällig werdenden Rentenerhöhungen, wobei die Höhe des jeweiligen Abschlags abhängig ist von der jeweiligen Erhöhung der allgemeinen Lebenserwartung. Auf diese Weise wird, ohne dass ständig Beiträge erhöht werden müssen, ausgeglichen, dass die Rentnerinnen und Rentner heute viel länger leben als vor zwei, drei Jahrzehnten. Ein solcher Ausgleich ist kein Verbrechen an den älteren Menschen, sondern ein Ausdruck praktischer Vernunft.*

**Süddeutsche Zeitung**

# Kultur mit sinkendem Etat

**Zu den Haushaltsberatungen erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, und der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, Steffen Kampeter:**

Die Kulturpolitik dieser Bundesregierung darf nicht nur aus schönen Worten bestehen, sondern muss auch auf Einhaltung materieller Zusagen beruhen. Die Möglichkeiten des Staatsministers für Kultur und Medien sind durch sein Budget begrenzt. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertieft sich immer mehr der Eindruck, dass die wesentliche Schwäche bei der Einrichtung des Kulturstaatsministers sein mangelnder politischer Rückhalt in den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und seine ideologische Verblendung ist. Wie StM Naumann im Bundestagswahlkampf erklärte, hätten die Aktivitäten der bisherigen Bundesregierung zu einer kulturpolitischen Sahelzone geführt.

Dieses Urteil ist falsch, zumal in der Regierungszeit von Helmut Kohl sich die Ausgaben für Kultur deutlich schneller entwickelt haben, als die Bundesausgaben insgesamt. Sie wurden verdreifacht, während der Gesamtetat nur verdoppelt wurde. Mit der Einsetzung des Kulturstaatsministers hat sich dieser Trend allerdings umgekehrt.

● **Tatsache ist:** Es gibt keinerlei Sonderbehandlung für die Kultur im Bundeshaushalt. Der Kulturetat ist das Sparschwein der Bundeskanzler-Etats.

● **Tatsache ist:** Der Kulturetat sinkt in den nächsten vier Jahren kontinuierlich.

● **Tatsache ist,** dass wesentliche Kulturaufgaben und Kulturträger nicht mehr ausreichend finanziert werden.

● **Und Tatsache ist schließlich,** dass viele Versprechen, die Herr Naumann derzeit abgibt, finanziell unzureichend abgesichert sind.

Hierfür lassen sich viele Beispiele bringen. Im Goethe-Jahr wird die Stiftung Weimarer Klassik gekürzt, Goethe-Institute geschlossen. Die Deutsche Welle ist ein prominentes Opfer. Ohne Vorwarnzeit versucht Naumann, einen der Träger der medialen Auslandsdarstellung der Bundesrepublik Deutschland in die Funktionsunfähigkeit zu treiben – inhaltliche Begründung und Konzept für diesen parteipolitischen Angriff auf die Deutsche Welle fehlen.

Die Kultur-Arbeit der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen Jahren mit der Öffnung nach Osteuropa eine weit über den engeren kulturpolitischen Bereich hinausgehende politische Bedeutung erhalten. Mit jetzt vorgeschlagenen Kürzungen in Höhe von 85 Millionen DM bis zum Jahr 2003 betreibt Naumann eine „Kulturpolitik mit dem Schlachtermesser“. Historisch gewachsene Strukturen werden zerschlagen und die Fortsetzung der erfolgreichen osteuropäischen, dezentral organisierten Kulturarbeit gefährdet. Auch hier ist keinerlei konzeptionelle Vorüberlegung erkennbar. Auch zu den sogenannten Kanzlervorhaben, z.B. dem Deutschen Historischen Museum, entwickelt Naumann keine besondere Liebe. Dazu kommen Nadelstiche kleinerer und mittlerer Natur Richtung Bayern, wo dem Deutschen Museum 1 Million DM und den Bayreuther Festspielen einige 100.000 DM weggenommen werden. Aber

## Schily streicht Sportförderprogramm Goldener Plan Ost

**Zum ersatzlosen Wegfall des Sportförderprogramms „Goldener Plan Ost“ erklärte der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert:**

Ein pressewirksamer Auftritt des Bundesministers des Innern, Otto Schily, zur Grundsteinlegung einer Sportstätte in den neuen Ländern, damit war der Goldene Plan Ost erledigt!

Aus dem Wahlkampfslager der SPD wurde eine herbe Niederlage für den Sport, vor allem in den neuen Ländern.

11,6 Mio DM für 1999 statt angekündigter 100 Mio DM, für die Jahre 2000 und darüber hinaus – Fehlanzeige. Als braver Gefolgsmann Eichels hat Schily den gesamten Titel aus seinem Haushalt entfernt und zugleich die Verpflichtungsermächtigungen von je 100 Mio für die Stadien Berlin und Leipzig.

Seine Ankündigung, das Sportsonderprogramm werde im Investitionförderungsgesetz Aufbau Ost weitergeführt, hat den gleichen Wahrheitsgehalt wie die Wahlkampfaussage; denn nach Aussage der Regierung ist dies aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich. Im Investitionförderungsgesetz sind nur Renovierungen und Sanierungen möglich, im Sportförderprogramm sollten ausschließlich Neubauten gefördert werden. Sonst hätte man ein solches Programm gar nicht gebraucht. Unter der CDU/CSU Regierung sind Sportstätten in den neuen Ländern von 1995 - 1998 mit rd. 2,2 Milliarden DM gefördert worden – ausschliesslich Bundesmittel.

Etwas Goldenes hat der Plan dennoch: Otto Schily hat eigens für dieses Programm seinen ehemaligen Büroleiter in das BMI befördert. Der Goldene Plan hat es nicht überlebt.

auch die vom „Kulturminister“ priorisierten, im übrigen sinnvollen Projekte, der Ausbau der Museumsinsel, werden nicht ausreichend ausgestattet. Die derzeit bereitgestellten Mittel für den Masterplan der Museumsinsel führen zu einer Bauzeit von 15 Jahren, während in öffentlichen Erklärungen von Regierungsseite verbindlich angeführt wird, dass das Projekt innerhalb von zehn Jahren beendet werden solle. Und schließlich fällt beim Weg aus der angeblichen Sahel-Zone auf, dass Naumann kaum neue Akzente setzt. Ist es denn tatsächlich wahr, dass der Anstieg der Filmförderung, das Einrichten eines Übersetzerfonds (den es bei Inter Nationes im übrigen schon gibt) die erstmalige Förderung der Roma und Sinti aus dem Kulture-

tat und die Aufnahme der Völklinger Hütte sowie ein schon jetzt gekürztes Aufbauprogramm für die neuen Länder der einzige Unterschied zwischen der Sahel-Zone und der kulturpolitischen Schlaraffenland sind? Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert, dass entsprechend der kulturpolitischen Notwendigkeiten eine Plafondgarantie für die kulturellen Aufgaben des Bundes durch den Bundeskanzler gegeben wird.“ Damit wird der Kulturetat wieder vor den zersetzenden Angriffen des Bundesfinanzministers geschützt. Die Kürzungen in den kulturpolitischen Aufgaben können keinen wesentlichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen beitragen. Hier bedarf es anderer politischer Weichenstellungen. ■

# Die Belastungen der Landwirte summieren sich zu Mrd.-Verlusten

**Der Bundesfachausschuss Agrarpolitik hat in seiner konstituierenden Sitzung den Europaabgeordneten Reimer Böge MdEP einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Reimer Böge saß bereits in der letzten Amtsperiode dem Ausschuss vor. Der 47-jährige Diplom-Agraringenieur und selbständige Landwirt ist stellvertretender Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein sowie Mitglied im Bundesvorstand der CDU.**

Der Bundesfachausschuss hat sich in seiner konstituierenden Sitzung mit der aktuellen Situation der deutschen Landwirtschaft beschäftigt, die sich seit Jahresbeginn 1999 dramatisch verändert hat. Die Belastungen aus Agenda 2000 und rot-grüner Agrarpolitik summieren sich für die deutsche Landwirtschaft zu Verlusten von jährlich vier bis fünf Milliarden DM. Dies können die Betriebe nicht verkraften, Kurskorrekturen sind unumgänglich.

Die CDU-Agrarpolitiker haben sich vorgenommen, zukunftssträchtige Konzepte zu entwickeln. Die Teilnahme der Landwirte an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung und die Weiterentwicklung der Betriebe stehen im Zentrum ihrer agrarpolitischen Bemühungen.

Der Bundesfachausschuss wird sich in seiner Arbeit zunächst auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

## ● **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit:**

Die CDU fordert eine Kostenentlastungs- und Standortoffensive für die deutsche Landwirtschaft. Vor allem müssen die einseitig wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung zurückgenommen werden, denn zwei Drittel der Belastungen für die Landwirtschaft sind hausgemacht. Wenn es zum Beispiel

bei dem Beschluss zum Abbau der Gasölbeihilfe bleibt, so muss es den deutschen ähnlich wie den französischen Bauern möglich sein, Heizöl zu tanken. Wer der Landwirtschaft die Agenda 2000 zumutet, muss ihr zusätzliche Freiräume schaffen, um europäisch und international wettbewerbsfähig zu bleiben.

● **WTO:** Deutschland und Europa brauchen eine klare Verhandlungsstrategie für den Agrarbereich. Bisher ist weder von der rot-grünen Bundesregierung noch von der EU-Kommission ausreichend Vorarbeit geleistet worden. Der CDU geht es um die Absicherung des weit über das Ökonomische hinausgehenden europäischen Agrar- und Verbraucherschutzmodells.

● **Landwirtschaft und Umwelt:** Die CDU tritt für eine umweltfreundliche und standortangepasste Landwirtschaft ein. Erfolgreicher Natur- und Umweltschutz kann nur mit und nicht gegen die Landwirtschaft gemacht werden. Dafür müssen besondere Leistungen honoriert, Auflagen ausgeglichen und freiwilligen Vereinbarungen Vorrang gegeben werden. Der Bundesfachausschuss wird diese Grundsätze der CDU-Agrarumweltpolitik vor dem Hintergrund der aktuellen FFH-Diskussion fortschreiben. Die EU-FFH-Richtlinie lässt genügend Spielraum für eine Umsetzung, die den Interessen der Landwirte und der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen Rechnung trägt. Voraussetzung sind frühzeitige Bürgerbeteiligung und Information. Der Bundesfachausschuss wendet sich ganz klar gegen die Bestrebungen von Rot-Grün, die FFH-Richtlinie als Mittel zu missbrauchen, der Landwirtschaft neue Auflagen und Belastungen zu zumuten. Des Weiter-

## Agrarhaushalt zeigt Funkes Ohnmacht

**Anlässlich der Debatte zum Agrarhaushalt erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:**

Durch die Beschlüsse zur Agenda 2000 wird die Landwirtschaft in Europa finanziell erheblich belastet. So kommen auf die deutsche Landwirte durch die Agenda Einbußen in Höhe von über 1,5 Mrd. DM zu. Dies bedeutet für die einzelnen Betriebe einen Einkommensrückgang von bis zu 8%.

Diese Tatsache kümmert aber Rot-Grün nicht. Sie belasten im Gegensatz zu den anderen EU-Mitgliedstaaten unsere heimische Landwirtschaft darüber hinaus um ein Vielfaches. Bereits die in dem Jahre 1999 getroffenen Maßnahmen, wie dem Steuerentlastungsgesetz und die Ökosteuer, kosten die deutsche Landwirtschaft weitere 1,5 Mrd. DM.

Offensichtlich wird der bäuerliche Berufsstand abgestraft, da Schröder die Bauern hasst; Funke ist leider nicht mehr als sein Vollzugsorgan. Die Einseitigkeit der Kürzungen allein für das Jahr 2000 in Höhe von 500 Mio. DM im Agrarsozialbereich zeigt sich an der

Tatsache, dass bei der Knappschaftsrente nicht gekürzt wurde. Ich will dies nicht kritisieren, aber ich fordere für die Landwirtschaft Gleichbehandlung. Auch die Bundesregierung ist sich nach ihrer eigenen Aussage bewusst, dass die soziale Absicherung in der Landwirtschaft eine wichtige Komponente beim Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe ist. Die rücksichtslosen Einschnitte bei der Alterssicherung, der Unfallversicherung und der Krankenversicherung führen dazu, dass die Beiträge für diese Versicherungen erheblich ansteigen werden und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft beeinträchtigt wird.

Die Schläge gegen die Landwirtschaft gehen aber noch weiter:

Die zweite Stufe der Ökosteuer und der Wegfall der Gasölbeihilfe führen dazu, dass unsere Landwirte künftig einen dreifach höheren Preis für Diesel zahlen müssen als ihre Kollegen im restlichen Europa.

Mit all diesen Maßnahmen wird nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem gesamten ländlichen Raum der Boden entzogen.

ren geht es dem Fachausschuss um die Einbindung der Landwirtschaft in den Agenda 21-Prozess. Hierfür wird er Vorschläge erarbeiten.

Aktuell äußerte sich der neue Vorsitzende skeptisch zu den Vorschlägen des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Milchquotenübertragung: „Bisher kann sich niemand vorstellen, wie das System funktionieren soll.“ Es fehle an Planungssicherheit. Investitionswillige Landwirte könnten nicht abschätzen, wie viel Milchquote sie bei

den zweimal im Jahr stattfindenden Verkaufsterminen erhalten würden. Ebenfalls sei keinesfalls sicher, dass die Quotenpreise tatsächlich durch die vorgesehenen Maßnahmen sinken würden. Vor dem Hintergrund, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium offen für einen Ausstieg aus der Milchquotenregelung plädiere, sei die Absicht, für eine kurze Zeit eine extrem bürokratische Quotenübertragungsregelung zu etablieren, mit noch mehr Fragezeichen zu versehen. ■

# Trittin hat verstanden – Ohne Müllverbrennung geht es nicht

Zu dem vom Staatssekretär im Bundesumweltministerium Rainer Baake Ende August vorgestellten Eckpunktepapier zur Zukunft der Siedlungsabfallentsorgung erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill, zusammen mit dem umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold, und dem Staatssekretär im thüringischen Umweltministerium, Stephan Illert:

**1.** Die neue Strategie zur Siedlungsabfallentsorgung passt in das gegenwärtige Bild einer grünen Bewegung, deren bisheriges Prinzip der Totalverweigerung nach und nach aufgegeben wird.

**2.** Das vorgestellte Konzept des BMU zeigt: Trittin hat verstanden. Trittin bestätigt, wofür die Union im Bund und in Ländern wie in Thüringen immer schon gestritten hat: An der Müllverbrennung geht kein Weg vorbei.

**3.** Die Union, deren Abfallpolitik immer auf eine gesamtheitliche Betrachtungsweise setzt, kann sich auf die Schulter klopfen. So auch Thüringen. Kurz umrissen sei daher nochmals, wofür die Abfallpolitik der Union in Bund und Ländern steht:

- möglichst vollständige Verwertung anfallender Abfälle;

- frühzeitiges Schließen der Deponien, die nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand nachrüstbar sind;

- zügige Beendigung der Ablagerung unbehandelter Siedlungsabfälle in Deponien;

- Festhalten an den ökologischen Anforderungen der TA Siedlungsabfall auch bei Vorbehandlungen;

- Einsatz von solchen Vorbehandlungsverfahren, die die Anforderungen der TA Siedlungsabfall in vollem Umfang (Vorbehandlung und Ablagerung) erfüllen;

- Zulassung von Kombinationsverfahren zur Vorbehandlung: mechanisch-biologische Techniken und Müllverbrennung.

**4.** Mit dem Eckpunkteprogramm für die Zukunft der Siedlungsabfallentsorgung bestätigt Trittins Ministerium, dass nur Verbrennungstechniken die ökologischen Standards der TA Siedlungsabfall einhalten und damit für die gewünschte Vorbehandlung in Frage kommen. Anerkannt wird erstmals, dass die bisherigen Techniken zur Vorbehandlung bei den mechanisch-biologischen Anlagen den ökologischen Standards nicht genügen.

**5.** Das BMU gibt endlich zu, dass für die notwendigen neuen und hochwertigen mechanisch-biologischen Anlagen erst noch rechtliche Regelungen vor deren Einsatz zu treffen sind und notwendige Technologien nicht zur Verfügung stehen.

**6.** Schließlich müssen sich Grüne und SPD, die bislang den Weg über die thermische Abfallverwertung als zu teuer kritisiert haben, vorhalten lassen, dass die nun von ihrer Bundesregierung gewünschte hochwertige mechanisch-biologische Vorbehandlung mit ihrem hohen technischen Anforderungsniveau zu einer massiven Verteuerung der Abfallentsorgung führen wird, die im krassen Gegensatz zur sonst beklagten Sozialverträglichkeit der Gebühren für die Entsorgung steht.



# Keine Extrawurst für kommunale Versorgungsunternehmen

**Zu den Plänen der SPD-Fraktion zu einer Rücknahme der Liberalisierung auf dem Strommarkt erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Deutschlands, Hartmut Schauerte:**

Die Welt steht Kopf. Nachdem die jüngst eingeführte Liberalisierung auf dem deutschen Strommarkt zu einer spürbaren Preissenkung bei den Energielieferanten geführt hat, rudert die SPD zurück. In der SPD-Fraktion kursiert offenbar ein Gesetzesentwurf, der vorsieht, die Kommunen vor dem freien Wettbewerb zu schützen. Nur Großkunden sollen noch die freie Wahl des Anbieters haben.

## Verheerende Folgen

Die Folgen wären verheerend für den Mittelstand. Dieser wäre völlig von der Liberalisierung der Strommärkte abgeschnitten. Gewerbe, Handel und Dienstleistungen bilden 28 % des derzeitigen Stromumsatzes in Höhe von 80 Mrd. DM. Die durch die Liberalisierung möglichen Einsparungen in Höhe von 40 % werden für klein- und mittelständische Unternehmen zunichte gemacht. Die privaten Verbraucher könnten ebenfalls nicht mehr profitieren. Sie bilden mit 39 % den größten Anteil der Stromkunden am Gesamtumsatz. Nur ein Beispiel: Eine Familie könnte bei einem Anbieterwechsel bis zu 300 Mark im Jahr sparen!

Es ist klar, dass mit der Verwirklichung der Pläne der SPD die Freigabe der Strommärkte faktisch rückgängig gemacht würde. Das bundesweite Einsparvolumen in Höhe von rund 20 Mrd. DM würde im we-

sentlichen wegfallen. Wer so handelt, kann nur ein Feind des Mittelstandes sein. Er lässt die Großen profitieren und die Kleinen leer ausgehen.

## Drohende Prozessflut

Da hilft auch die „Müller-Lösung“ nicht weiter, den Kommunen eine Ausnahmeklausel im Energierecht zu gewähren. Demnach würden auch hier nur größere Stromkunden in den Genuss der freien Wahl ihrer Stromlieferanten kommen. Der Clou des Ganzen liegt aber darin, dass sich die Gemeinden, die den Wettbewerb einschränken wollen vor ihren Bürgern rechtfertigen müssen. Aufgrund der billigen Angebote der Energiewirtschaft werden sich die Bürger und der Mittelstand diese Einsparungen nicht entgehen lassen. Man muss kein Jurist sein, um sich die drohende Prozessflut vorzustellen. So würde auch dieser „Kompromiss“, wie so viele Gesetzesvorhaben der rot-grünen Bundesregierung, zu Rechtsunsicherheit und Chaos führen. Die Schröder-Regierung würde erneut „nachbessern“ müssen.

Wir Mittelständler fordern gleiche Rechte am Strommarkt wie die Großindustrie! Es kann und darf nicht sein, dass die Jobmaschine Nr.1 in Deutschland nicht nur steuerlich, sondern auch energiewirtschaftlich diskriminiert wird. Die unerträgliche Privilegierung der kommunalen Versorgungsunternehmen muss vom Tisch. Wer neue Dynamik auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft will, wer steigenden Wohlstand und prosperierende Regionen will, der muss dem Mittelstand endlich freie Bahn geben!

# Neue Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kommission

**Als Erfolg für das Europäische Parlament hat der Vorsitzende der EVP/ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering die Einsetzung der Prodi-Kommission bezeichnet, die eine neue Phase der Zusammenarbeit zwischen Kommission und Europäischem Parlament einleite.**

Das Parlament habe auf Initiative der EVP-Fraktion in diesem Verfahren die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen auf eine neue Grundlage gestellt. „Es wird in Zukunft mehr Parlamentarismus, mehr parlamentarische Kontrolle der Kommission, mehr Demokratie in der Europäischen Union geben. Dies ist ein Neuanfang nach Monaten der Krise und des Übergangs“, erklärte Hans-Gert Pöttering nach der Abstimmung.

Die EVP-Fraktion hatte bereits Anfang September ein Fünf-Punkte Programm für die künftige Zusammenarbeit der Kommission vorgeschlagen, das Prodi am 7. September in der Konferenz der Präsidenten akzeptiert hat. Demnach

- wird die Präsenz der Kommission im Parlament Vorrang haben vor allen anderen Verpflichtungen;
- werden Aufforderungen des Parlaments an die Kommission, legislative Vorschläge zu unterbreiten, weitestgehend befolgt;
- ist ein Misstrauensvotum gegen ein Mitglied der Kommission für den Kommissionspräsidenten Anlass, dessen Entlassung ernsthaft zu erwägen;
- findet ein konstruktiver Dialog und eine regelmäßige Konsultation über die Reform der Kommission mit dem Europäischen Parlament statt;
- treten Parlament und Kommission gemeinsam auf der Regierungskonferenz für umfassende institutionelle Reformen ein.

Dieses Fünf-Punkte-Programm wurde von den anderen Fraktionen des Parlaments in der gemeinsamen Entschließung zur Einsetzung der Kommission übernommen und mit großer Mehrheit (508 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen und 28 Enthaltungen) vom Plenum angenommen. „Hinter diese Fakten wird keine Kommission mehr zurück gehen können“. Pöttering sagte weiter, dass dies eine gute Grundlage für den Start der neuen Kommission sein wird. „Wir hoffen, dass trotz der bestehenden Vorbehalte, die gegen einzelne Personen vorgebracht wurden, die Prodi-Kommission auf Grundlage der neuen Regeln der Zusammenarbeit schnell handlungsfähig sein wird, um die großen Herausforderungen für die Europäische Union gemeinsam mit dem Parlament erfolgreich zu bewältigen“, erklärte Pöttering.

## Unsere Elektronischen Adressen:

### ● INTERNET:

<http://www.cdu.de>

### ● T-ONLINE: \*CDU#

● X 400: c= de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

### ● E-MAIL: [post@ www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)

**W**ir beabsichtigen, zum nächst möglichen Zeitpunkt die Stelle der/des

### Landesgeschäftsführerin / Landesgeschäftsführers

der Jungen Union Thüringen neu zu besetzen.

Zu deren/dessen Aufgaben gehören insbesondere:

- organisatorische Betreuung der Arbeit der Jungen Union Thüringen,
- Organisation und Begleitung von Veranstaltungen,
- Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes der Landesgeschäftsstelle.

Der/die Bewerber(in) sollte ein abgeschlossenes Studium oder eine gute kaufmännische oder vergleichbare Ausbildung vorweisen können. Des weiteren sind Kenntnisse der Verbandsarbeit und -strukturen der Jungen Union oder der CDU, Kenntnisse in der Arbeit mit Bürosoftware (Microsoft, Windows 95, Office 97) sowie mit e-mail-Pro-

grammen und Grundwissen in der Erstellung und Pflege von Internetseiten erforderlich.

Voraussetzung sind der Führerschein der Klasse III, sowie Kenntnisse der Beantragung, Abrechnung und Verwendungsnachweisführung von öffentlichen Fördermitteln.

Die Position erfordert die Fähigkeit des Umgangs mit Menschen und Medien, ein Höchstmaß an Flexibilität und persönlicher Einsatzbereitschaft, sowie die Wahrnehmung von Terminen auch außerhalb der regulären Arbeitszeit.

Die Vergütung erfolgt auf der Grundlage des BAT-O.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit der Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins richten Sie bitte an:

**Junge Union Thüringen,  
Georg von Witzleben,  
Landesvorsitzender  
Heinrich-Mann-Str. 22  
99096 Erfurt**



## Neues Opfer der „Chefsache“ Aufbau Ost

Zur Konkursanmeldung der Gröditzer Stahlwerke in Sachsen erklärte der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, **Michael Luther:**

„Glück auf, Gerhard! Er wird es brauchen.“ Dieser Abschiedsgruß von

Wettbewerbskommissar Karel van Miert letzte Woche wird immer verständlicher. Denn ganz offensichtlich hat Schröder es versäumt, für den schwierigen Fall der Gröditzer Stahlwerke mit dem richtigen Umgangston bei der EU um Verständnis zu werben.

## In Berlin ist was los ...

**Der Wahlkampf an der Spree ist in die heiße Phase gegangen. Und wenn am 10. Oktober um 18 Uhr die Berliner über die politische Zukunft der Stadt entschieden haben, hat die Hauptstadt – hat die Union über ein Jahr intensiven Wahlkampf hinter sich.**

Unmittelbar nach der Bundestagswahl im vergangenen September wurde von der Berliner CDU eine sorgfältige Analyse über das Wahlverhalten der Berlinerinnen und Berliner vorgenommen. Unter anderem stellten die CDU-Wahlstrategen fest, dass trockene Wahlprogramme allein in unserer, sehr auf Medienwirksamkeit ausgerichteten Gesellschaft nur schwer zu vermitteln sind.

Generalsekretär und Leiter der Wahlkampfgruppe, Volker Liepelt, entschied deshalb bereits im Herbst 1998, dass der Wahlkampf aus einem Kreativbereich im Her-

zen der Stadt organisiert wird. Schon seit Anfang November 1998 ist das Wahlkampfzentrum, Checkpoint Ebi, in der Friedrichstrasse (Berlin-Mitte) im Einsatz. Ebenso frühzeitig hat man bereits zum Jahresbeginn mit einer Dieppen-Imagekampagne begonnen.

### Junges Team für Ebi

Bereits im Frühjahr 99 setzte sich die dynamische CDU-Wahlkampfgruppe mit einem jungen, kreativen Team zusammen und trifft sich seitdem regelmäßig einmal in der Woche – ab 1. September täglich – zu einer Kreativrunde im Checkpoint Ebi. Neben Landesgeschäftsführer Matthias Wambach und Generalsekretär Volker Liepelt gehören zum harten Kern dieser Runde auch der ehemalige JU-Bundesgeschäftsführer Axel Wallrabenstein sowie der junge Medienunternehmer Marc

Wohlrabe.

Die Idee, das vom Regierenden Bürgermeister Dieppen schon lange gepflegte Hobby, Joggen, mit dem frech drapierten Plakat „Dieppen rennt“ bekannt zu machen und damit gleichzeitig auf die sportliche



[www.dieppen.de](http://www.dieppen.de)

€ 49,90

Dynamik des Regierenden hinzuweisen, wurde dort ausgeheckt. Der „Diep- gen rennt“-Slogan war ein Werbe- erfolg für den Kandi- daten und die CDU. Der hohe Identifi- kationsfaktor der zwi- schen Diep- gen und dem Lauf-

sport plötzlich entstand, wurde geschickt umgesetzt und ein Laufschuh als Werbe- träger genutzt. Der „Ebi-runner“ entstand. „Seit der CDU-Aktion ‚Diep- gen rennt‘ ist der Laufschuh von Berlins Regierendem Bürgermeisters Kult“, bestätigen die Me- dien in vielen Kommentaren.

Doch nicht nur der Regierende Bürger- meister ist nach der Meinung der Wähle- rinnen und Wähler attraktiver geworden, sondern auch die Partei hat sich für eine frische und bunte Werbelinie entschieden und damit Pluspunkte in der Bevölkerung erzielt. Mit 38 Prozent liegt die CDU in den Umfragen derzeit deutlicher als je zu- vor vor der SPD.

Mit dem flotten Aufkleber „Wir Berliner sagen Reichstag“ verbunden mit dem ein- prägsamen Wahlkampf-Logo „CDU – 100% Berlin“ schaffte es die Union einer breiten Öffentlichkeit klar zu machen, dass nur die Union **die** Berlin-Partei ist.

Und selbst in den Sommerferien tourten die CDU und die Junge Union durch die Frei- bäder und Brunnen der Kieze. Zwei Ak- teure in einem roten und grünen Taucher-



## Rot-Grün geht baden

anzug steigen vor den staunenden Augen des Publikums ins Wasser und setzen so die Sommeraktion „Rot-Grün geht baden“ in Szene.

### Gespräch mit den Bürgern

Seit Mitte August rennt Diep- gen nicht nur, sondern besucht mit seinem „Diep- gen-Mobil“ alle Stadtteile. Dort verteilt ein Team reichlich Werbematerialien – im Mittelpunkt steht das Gespräch mit den Bürgern.

Jedoch nicht nur witzige Aktivitäten stehen in diesem modernen Wahlkampf im Vorder- grund. Auf farblich geschickt abgestimm- ten Plakaten setzt sich die CDU mit den Inhalten und Zielen ihrer Politik ausein- ander. Schwerpunkte sind u.a. Wirtschaft, Bildung und die soziale Balance in der Stadt. Diep- gen wirbt mit seinem „Bündnis für Berlin“ darum, sehr konkrete Aufgaben schnell und praxisnah zu erfüllen.

Erklärtes Ziel des Wahlkampfes ist es Rot- Grün in der Hauptstadt zu verhindern und Eberhard Diep- gen als regierenden Bürger- meister zu behalten. ■

# Miteinander sprechen, mehr übereinander erfahren

Am 14. September hat die Senioren-Union der CDU Deutschlands eine Veranstaltung zu dem Thema „Bildung im Alter“ durchgeführt als ist der Beitrag der Senioren-Union zum Internationalen Jahr der Senioren 1999.

Die Veranstaltung wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und fand statt in der Dreikönigskirche in Dresden unter dem Motto „Senioren gestalten Europa in einer Gesellschaft für alle Lebensalter und erkennen die Zeichen der Zeit“.

Das Internationale Jahr der Senioren wurde am 1. Oktober 1998 von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, im UN-Gebäude in New York feierlich eröffnet. Kofi Annan sagte in seiner Rede: „Eine Gesellschaft für alle Lebensalter ist nicht aufgeteilt in Jugendliche, Erwachsene und alte Menschen, die alle ihre getrennten Wege gehen. Vielmehr schließt sie alle Altersgruppen ein, die verschiedenen Generationen erkennen die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und handeln entsprechend.“

Die Senioren-Union wollte mit der Veranstaltung „Bildung im Alter“ den Dialog mit den europäischen Nachbarn im Osten suchen und hat Bildungsexperten aus Polen, Tschechien, Slowakei, Österreich und Deutschland gebeten, die Bildungschancen für ältere Menschen und die Bildungssituation älterer Menschen ganz allgemein in ihrem Lande vorzustellen.

Es ging bei dieser Fachtagung vor allem darum, das Wissen über die soziokulturelle Lage der älteren Menschen in Mittel- und Osteuropa zu vertiefen und auszuweiten. Auch sollten Anregungen über mögliche



neue Wege in der politischen und kulturellen Weiterbildung von älteren Menschen vermittelt werden. Der generationsübergreifende Aspekt bekam seine besondere Bedeutung dadurch, dass der „Eiserne Vorhang“ zwischen Ost und West über lange Jahre den so notwendigen und befruchtenden Erfahrungsaustausch zwischen jüngeren und älteren Bürgerinnen und Bürgern der Teilnehmerstaaten behindert hatte.

Wir wissen ganz einfach viel zu wenig voneinander, und die Tagung sollte die Möglichkeit bieten, mehr übereinander zu erfahren und miteinander zu sprechen. Ca. 200 ältere und jüngere Menschen waren in die Dreikönigskirche nach Dresden gekommen und hörten einander zu, tauschten ihre Gedanken aus und diskutierten miteinander.

## Ostdeutschland-Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zehn Jahre nach dem Mauerfall wird die Deutsche Einheit von einer großen Mehrheit der Ostdeutschen positiv bewertet: Drei Viertel der Befragten ziehen eine vorteilhafte Bilanz, nur 13 Prozent sehen die Deutsche Einheit eher negativ. Entsprechend dieser positiven Gesamtbewertung möchten fast alle Ostdeutschen (94 %) trotz aller Probleme der Vereinigung auf die Freiheiten einer Demokratie nicht verzichten.

Dies sind einige Ergebnisse der neuen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung „10 Jahre nach dem Mauerfall: Die Bewertung der deutschen Einheit und der PDS in Ostdeutschland“, die jetzt vorliegt. Darin heißt es zur Einschätzung der PDS: Die PDS erscheint vielen Bürgern in den neuen Ländern als die Partei, die

sich am überzeugendsten für die Interessen Ostdeutschlands einsetzt. Aber über 50 Prozent meinen auch, dass die PDS vieles verspricht, was sie niemals halten kann. Die größten Zweifel gegenüber der PDS, so heißt es in der Studie weiter, bestehen bei der Formulierung konkreter und realisierbarer Politikkonzepte.

Deshalb ist auch die Kompetenzbewertung der PDS in Ostdeutschland im Vergleich mit CDU und SPD nach wie vor bemerkenswert schwach. Sobald es um konkrete politische Probleme geht, wird die PDS kaum als kompetent und regierungsfähig angesehen.

**Nutzen Sie das neue Service-Angebot der KAS im Internet: [www.kas.de/](http://www.kas.de/)“KAS Heute“. Hier können Sie die Studie abrufen.**

## Zum Tode von Raissa Gorbatschowa

**erklärte Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl: Die traurige Nachricht vom Tode von Raissa Gorbatschowa hat mich tief bewegt.**

Mein herzliches Mitgefühl gilt Ihrem Ehemann Michael Gorbatschow, dem ich telefonisch meine Anteilnahme und mein Beileid übermittelt habe.

Raissa Gorbatschowa war eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die mit großer Kraft und Entschlossenheit ihren Mann auf seinem politischen Lebensweg begleitet hat. Sie war an sei-

ner Seite, als er unter schwierigsten Umständen den epochalen Wandel in der sowjetischen Innen- und Außenpolitik herbeiführte, durch den der Ost-West-Gegensatz und die deutsche Teilung überwunden werden konnten.

Aus vielen Begegnungen mit Raissa Gorbatschowa weiß ich, wie mutig und beharrlich sie diese historische Zeit nicht nur miterlebt, sondern auch mitgestaltet hat. Ich persönlich und alle Deutsche haben ihr viel zu verdanken.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN  
PVSt. DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

## CDU-Gummibären wieder lieferbar!

Die Sommerpause ist vorbei, und die erste Lieferung der beliebten Haribo-Gummibären ist in unserem Lager eingetroffen. Doch Vorsicht, kaum sind sie da, sind sie auch schon weg!

**Bestell-Nr.: 9547**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 19,90 DM

### Bestellschrift

**per Post:** IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

**Fax:** 0 25 24/91 13 10

**E-Mail:** cdu-shop

@bertelsmann.de

**Alle Preise zzgl. MwSt.  
und Versand**



# UiD

29/1999

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.